

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verzins-Anzeigen  
für die dreizehnpennige Zeitzeile oder deren Raum 30 4.

**Inhalt.** Die freien Gewerkschaften in Deutschland, ihre Verbreitung und Entwicklung. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurenbewegung: Streiks, Unruhen, Mordregierungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandes. — Bekanntmachung der Bauverbände. — Berichte. — Von der Grenze. — Französischer Bauarbeiterkongress. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkassen, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen: Generalversammlungen. — Gewerbl. Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschleus. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Die freien Gewerkschaften in Deutschland, ihre Verbreitung und Entwicklung.

Gegen Ende des Jahres 1905 erschien eine Arbeit, die zum ersten Male die geographische Verbreitung der Gewerkschaften zum Gegenstande wissenschaftlicher Untersuchungen machte. Es ist ja bekannt, daß die Gewerkschaften nicht in allen Landesteilen gleichmäßig verbreitet sind. Stets werden sich dabei mehr oder weniger große Unterschiede zeigen, die einerseits auf die wirtschaftliche Eigenart, andererseits auf gewisse geistige Strömungen des betreffenden Landes und auf manche andere Ursachen zurückzuführen sind. Auf jeden Fall kommen die Unterschiede nicht von ungefähr, sondern sie sind stets der Ausdruck jeweils herrschender Zustände. Wenn die freien Gewerkschaften z. B. den höchsten Prozentsatz ihrer Mitglieder in Berlin oder im Königreich Sachsen haben und die christlichen Gewerkschaften in den Provinzen Westfalen und Rheinland, so wissen wir, daß dabei nicht irgend ein netzlicher Zufall spielt, sondern daß diese Tatsache eben das Ergebnis der Eigenschaften der betreffenden Gewerkschaften bzw. Landesteile ist. Und wenn wir andererseits sehen, daß die Verbände der industriellen Arbeiter im Osten des Landes nur spärlich, im Westen oder in der Mitte dagegen stärker vertreten sind, so wissen wir, daß wir dies ebenfalls als eine unausbleibliche Folge der wirtschaftlichen Entwicklung hinzunehmen haben. Darum sind solche Untersuchungen auch keine belanglosen Zahlen-spielerien, sondern ernste Arbeiten, und wenn sich bürgerliche Gelehrte zu dieser Arbeit finden, so kann uns dies nur sehr angenehm sein.

Das oben erwähnte Buch, dessen Verfasser Professor Dr. Erbschlag und Dr. Girsfeld sind, war der erste Versuch auf diesem Gebiete. Als solcher ist es auch — vielleicht besonders — von der Arbeiterpresse begrüßt worden, was um so selbstverständlicher ist, als die Sachlichkeit und Genauigkeit des Buches außer allen Zweifeln stand. Vor einigen Wochen ist ein zweites Buch dieser Art erschienen\*, das man eine Fortsetzung und Ergänzung des zuerst genannten Buches nennen kann. Das Material zu dieser umfangreichen Arbeit stammt ausschließlich von den untersuchten Verbänden, die selbstverständlich zu dessen Herausgabe gerne bereit waren. Die Untersuchung erstreckt sich diesmal auf 60 der 63 Zentralverbände; nur die Verbände der Blumenarbeiter, Lagerhalter und Zivilmilitär mit insgesamt 2718 Mitgliedern sind aus uns unbekannten Gründen ausgeschieden; da sie indes nur 0,19 pzt. der gesamten Gewerkschaftsmittelglieder ausmachen, so wird durch ihr Fehlen das Endergebnis so gut wie gar nicht berührt. Die ganze Statistik erstreckt sich auf 1.446.739 Mitglieder, die im Anfang des Jahres 1906 in den 60 Zentralverbänden organisiert waren. Von dieser Gesamtzahl scheiden die Einzelmitglieder als nicht geographisch verteilbar aus. Ihre Zahl betrug insgesamt 13.867, wovon sich 1014 im Auslande befanden. Größere Bedeutung hat auch ihr Ausfall nur

für das Ergebnis bei den Hafenarbeitern, bei denen die Einzelmitglieder 25 pzt. aller Mitglieder ausmachen.

Der Verfasser hält sich an die Einteilung der amtlichen Berufsstatistik, die drei große Berufsabteilungen unterscheidet. Nämlich Gruppe A (Land- und Forstwirtschaft, Tierzucht und Fischerei), B (Bergbau und Hüttenwesen, Industrie und Baugewerbe) und C (Handel und Verkehr). Die Gruppe A scheidet von vornherein aus, da die Landarbeiter bekanntlich ein Koalitionsrecht bisher nicht haben. Die eigentlich zu dieser Gruppe gehörenden Gärtner sind zweckmäßigerweise gleich zur Gruppe B geschlagen worden. Zur Gruppe B (Bergbau, Hüttenwesen, Industrie und Baugewerbe) gehören 1.360.716, davon 7055 Einzelmitglieder, zur Gruppe C (Handel und Verkehr, nämlich die Verbände der Hafen- und Transportarbeiter, Seelente, Bureauangestellte, Gastwirtschaften und Handlungsgehilfen) 85.813, davon 5798 Einzelmitglieder. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Gruppe C am stärksten in den Sammelpunkten des Handels, also in den Groß- und Handelsstädten vertreten ist. So entfallen von ihren Organisierten allein 21,8 pzt. auf die drei Hansestädte und 25,2 pzt. auf Berlin. Von den Organisierten in den Gruppen B und C entfallen auf Preußen allein 803.507 oder 55,5 pzt. Auf die einzelnen Provinzen verteilt sich das folgendermaßen: Ostpreußen 9028 = 0,6 pzt., Westpreußen 8473 = 0,6 pzt., Pommern 21.545 = 1,5 pzt., Brandenburg ohne Berlin 72.020 = 5 pzt., Berlin allein 211.921 = 14,7 pzt., Posen 6212 = 0,4 pzt., Schlesien 65.336 = 4,5 pzt., Sachsen 75.889 = 5,2 pzt., Schleswig-Holstein 36.639 = 2,5 pzt., Hannover 54.961 = 3,8 pzt., Westfalen 95.360 = 6,6 pzt., Rheinland 95.244 = 6,6 pzt. und Hessen-Nassau 50.776 = 3,5 pzt. Von einigen Regierungsbezirken sind die Zahlen gleichfalls der Wiedergabe wert. Von den Mitgliedern in Schlesien entfallen 41.017 = 2,9 pzt. auf den Bezirk Breslau, 16.119 = 1,1 pzt. auf Posen und 82.000 = 0,6 pzt. auf Oppeln, das Schmerzenskind der Arbeiterbewegung. Die Mitglieder in Westfalen verteilen sich auf die Bezirke in folgender Weise: Münster 11.909 = 0,8 pzt., Minden 17.681 = 1,2 pzt. und Arnsberg (das eigentliche Industriegebiet) 65.770 = 4,6 pzt. Von den Mitgliedern im Regierungsbezirk Münster entfallen auf den Stadt- und Landkreis Münster 1223, auf den Stadtkreis Hamm 1882, auf den Landkreis, das nördliche Kohlenbassin, dagegen 8095. Von den Mitgliedern im Regierungsbezirk Arnsberg entfallen auf die Stadt- und Landkreise Dortmund zusammen 17.817, Hamm (Stadt und Land) 5418,örde 5218, Bochum-Stadt 3058, Land 8178, Gelsenkirchen-Stadt 5648, Land 5604, Hagen (Stadt und Land) 3735, Hattingen 3866, Ferne 2071, Schwelm 2581; die übrigen Kreise weisen eine Mitgliederzahl von unter 2000 auf.

Von den nichtpreussischen Bundesstaaten steht Sachsen mit einer Mitgliederzahl von 201.808 = 14 pzt. an der Spitze. Dann folgen Bayern mit der Pz. mit 128.062 = 8,8 pzt., Hamburg mit 68.146 = 4,7 pzt., die Thüringischen Staaten (Weimar, Meiningen, Altenburg, Coburg-Gotha, beide Schwarzburg und beide Reuß) mit 45.824 = 3,2 pzt., Baden mit 37.105 = 2,6 pzt., Württemberg mit 34.851 = 2,4 pzt., Hessen mit 30.147 = 2,1 pzt., Bremen mit 25.752 = 1,8 pzt., Braunschweig mit 12.981 = 0,9 pzt., beide Mecklenburg mit 11.631 = 0,8 pzt., Elbsaß-Lothringen mit 10.836 = 0,7 pzt., Lübeck mit 7780 = 0,5 pzt., Anhalt mit 7551 = 0,5 pzt., Oldenburg mit 5867 = 0,4 pzt. und schließlich die beiden Lippe mit 1697 = 0,2 pzt.

Wenn man die Anteile der einzelnen Landesteile von 1906 mit denen von 1903 vergleicht, so

fallen dabei einige bedeutende Verschiebungen auf. Der Anteil Preußens ist in dieser Zeit um 1 pzt. zurückgegangen, weil sich die Gewerkschaften im Süden des Reiches mehr gekräftigt haben. Bayern hat seinen Anteil um 1,3 pzt., Sachsen um 1,7 pzt., Baden um 0,8 pzt., Hessen und Elbsaß-Lothringen haben ihn um je 0,2 pzt. erhöht. Dagegen ist der Anteil der Hansestädte stark herabgegangen: Hamburg hat 1,3, Bremen 0,6 und Lübeck 0,3 pzt. eingebüßt, dabei ist aber ihre absolute Mitgliederzahl um mehr als 30.000 gestiegen. Das ist ganz natürlich: in diesen alten Besitzständen der Organisationen ist eben nicht mehr soviel neu zu erobern wie in den Ländern, die prozentuale Zunahmen aufweisen, wo wir eigentlich erst seit kaum fünf Jahren wirkliche Organisationen haben. Der Rückgang der Prozentziffern ist also durchaus nicht zu bedauern; er ist im Gegenteil höchst erfreulich, weil er ein Zeichen dafür ist, daß sich die Gewerkschaften neues Land erobert haben. Wenn sich im Widerspruch zu diesen Tatsachen die Anteilquote Berlins von 13,4 auf 14,7 pzt. gehoben hat, so ist das auf die Angliederung des umliegenden Bahnsienlandes an die hauptstädtischen Zweigvereine zurückzuführen, absolut hat sich die Zahl der Mitglieder in Berlin mehr als verdoppelt; also auch hier die für die Prozentzahlen abschwächende Wirkung des Eindringens im Süden.

In der folgenden Tabelle hat der Verfasser sieben geographische resp. wirtschaftsgeographische Zonen gebildet. Sie gestatten einen recht interessanten Einblick in die Bedeutung der einzelnen Gebiete für die Gewerkschaftsbewegung und in ihre Entwicklung.

Die Zentralverbände hatten Mitglieder in	1896	1903	1906	
			überhaupt	Prozent aller Organisierten
Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden, Reichslande) .....	36775	95013	210957	14,71
Mitteldeutschland (Thüringen, Agr. Sachsen) .....	40350	119087	247692	17,27
Norddeutschland (Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien) .....	15799	57358	110594	7,71
Mittelnorddeutschland (Brandenburg, Berlin, Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig) .....	49051	209450	380362	26,53
Hansestädte .....	18461	70918	101678	7,10
Übriges Nordwestdeutschland (Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Hannover, Oldenburg, Lippe) .....	33726	73811	110795	7,73
Westdeutschland (Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Waldeck, Hessen) .....	24776	134418	271658	18,95
Summa .....	218938	780005	1483676	100,00

Besonders große Verschiebungen in dem Verhältnis der Gebiete zueinander sind danach nicht eingetreten. Mittelnorddeutschland ist noch immer mit der größten Mitgliederzahl an der Spitze, aber ihm folgt nicht mehr Mitteldeutschland (Thüringen und Königreich Sachsen), sondern der stark industrielle Westen, der einen glanzvollen Aufstieg genommen hat. Süddeutschland hat die dritte Stelle behauptet, hat aber seine nächsten Nachbarn in der Mitgliederzahl, die nordwestdeutschen Länder, weit zurückgelassen. Kräftig vorwärtsgeworfen ist auch der Osten, der — leicht erklärlich — die Hansestädte überholt hat und Nordwestdeutschland ziemlich nahegekommen ist.

Werden wir noch einen Blick auf die Anteile der einzelnen Berufe. Den größten Anteil an der Gesamtzahl aller Organisierten hat das Baugewerbe, nämlich die drei Verbände der Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerer, mit 18,5 pzt. Von

\* Die freien Gewerkschaften in Deutschland, ihre Verbreitung und Entwicklung 1896 bis 1906, von Dr. Paul Girsfeld. Verlag von Fischer in Jena. Preis geb. M. 15, brosch. M. 14.



diesen entfallen auf die Bauhilfsarbeiter 4,1 pSt., auf unseren Verband 11,4 pSt. und auf die Zimmerer 3,0 pSt. Dem Baugewerbe folgt der Metallarbeiterverband mit 17,9 pSt., der Holzarbeiterverband mit 9 pSt., der Bergarbeiterverband mit 7,3 pSt.; dann kommen in weiterer Folge die Fabrikarbeiter mit 5,7 pSt., die Textilarbeiter mit 5,4 pSt., die Transportarbeiter mit 3,5 pSt., die Buchdrucker mit 3,2 pSt., die Schneider mit 2,2 pSt. und die Schuhmacher und Maler mit je 2 pSt. Die anderen Verbände haben noch geringere Anteile. Natürlich sind die einzelnen Berufe nicht überall gleichmäßig stark beteiligt. Es spielt da die wirtschaftliche Lage der einzelnen Landes- teile eine große Rolle. Wenn z. B. eine Industrie in einem Lande besonders stark vertreten ist, so hat auch die betreffende Organisation dort einen großen Anteil, der auf die Anteile der anderen Organisationen naturgemäß drückt. Um ein Beispiel anzuführen: In den beiden sippischen Ländern beträgt der Anteil der drei Bauberufe nur 1,8 pSt., aber der Anteil der Bergarbeiter 37,7 pSt.; das ist durch die Bergwerke bei Stadthagen bedingt. Oder ein anderes Beispiel: Die sippischen Provinzen sind industriearm, aber auch dort muß gebaut werden; so sehen wir denn den Anteil unserer Organisationen da mächtig in die Höhe gehen; er trägt in Brandenburg 29,3 pSt., in Pommern 31,4, in Posen 49,1 und in Westpreußen sogar 57,6 pSt. Die gleichmäßigste Beteiligung hat der Buchdruckerverband, der sich nur in wenigen Ländern über seine Melchsquote erhebt. Die Hasen- und Transportarbeiter erreichen erklärlicherweise ihre höchste Ziffer in den Ganselstädten, die Gemeindegemeinschaften in Gansel-Notbringen, wo sich vorurteilsfreie Gemeindegemeinschaften schon bis zur Respektierung des Koalitionsrechts durchgeerben haben.

So bietet das Buch eine Menge interessanter Ausblicke. Die meiste Arbeit steckt aber in der Darstellung der Mitgliederzahlen in den kleineren Verbandsgruppen (Kreisen, Amtshauptmannschaften, Kreisen usw.). Hier kann man für jeden einzelnen Kreis die Aufwärtsbewegung deutlich sehen. Das Buch hat einen bleibenden Wert; wenn es auch für die Agitation wenig bringt, so bringt es um so mehr dem stillen Studium, dem Einbringen in die verborgenen Gebiete unserer Tätigkeit. Wir sagen, daß es der Agitation wenig bringe, und zwar, weil es sich nur auf unsere Gewerkschaften beschränkt. Die Verbreitung der christlichen und kirchlichen Gewerkschaften ist nicht darin berücksichtigt. Gewiß wäre es uns wertvoller gewesen, wenn es auch jene Organisationen behandelt hätte; aber wir können uns auch denken, daß die Arbeit denn so groß gewesen wäre, daß sie bei ihrer Vollendung schon alle Aktualität eingebüßt haben müßte. Trotzdem: wir wünschen, daß sich auch für diese Missionen, die geographische Verbreitung der Gewerkschaften aller Richtungen vergleichsweise darzustellen, einmal ein Mann finden und sie so gut lösen möge, wie es Dr. Hirschfeld mit diesem Buche für unsere Gewerkschaften gelungen ist.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Die verschiedene Anspannung und Diskontifizierung der Auslandsbanken und der Reichsbank. — Reformversuche und Bankentzerte.

Zwei Tatsachen wirken im Vorjahren darauf hin, den Banktag für das vielbesprochene Reichsbanktag immer höher, im letzten Quartal bis zu einer wahren Panikhöhe emporzutreiben: die außergewöhnliche Geschäftsentwicklung mit ihren Hochpreisen, Mietsummen und enormen Betriebserweiterungen, und daneben doch schon die Sorge der großen Kreditinstitute und Zentralbanken um ihre Goldschätze und ihre volle Zahlungsfähigkeit. Es sind diese beiden Kräfte, die in raschen Schritten die Reichsbank nach fremdem Reichsbankstande hinziehen. Infolge der gefährlichen Panik, ein, während andererseits die Stellung der Banken sich wesentlich gehoben und gestärkt hat. Das Ergebnis sehen wir in der oft erwähnten, raschen Erhebung der Diskontsätze vor Augen. Aber zu ihrer peinlichen Enttäuschung erblicken unsere Unternehmer Deutschland hierbei weit hinter anderen Ländern zurück. Soeben hat am 28. Mai die Bank von England ihren Zinssatz von 4 auf 5 pSt. erhöht. Am Tage darauf ging die Bank von Frankreich für Lombard- (Unterhandlungs-) Darlehen von 4 auf 5 pSt. herab, während ihr Wechselkredit bereits seit dem 23. Januar nur noch 3 pSt. beträgt. Zu gleicher Zeit erklärte jedoch der Reichsbankpräsident vor dem Zentralausschuß, daß Deutschland vorläufig noch bei 5 pSt. für Wechsel und 6 pSt. für Lombardierungen von Wertpapieren und Waren bleiben müsse.

Der Unterschied, der allem zwischen London und Berlin, ist frappant. Sieht man die letzten Bankausweise durch, so wird man freilich zugestehen müssen, daß unsere Reichsbank, bei gegebener Lage der Dinge, kaum anders verfahren konnte, als es tatsächlich geschah. Bei der Bank von England, die bekanntlich über die Barbedeckung hinaus noch 16,2 Millionen Pfund Sterling Noten ausgeben darf, stellte sich nämlich am 28. Mai

	die Gesamtreserve	der Barvorrat
1905	26836000	87888000
1906	23177000	83672000
1907	24864000	85237000
1908	27682000	87674000

1905 war der Geldmarkt für England außerordentlich günstig. Große Anleihegeschäfte Japans sowohl wie Anleihen waren in London hinterlegt und standen schnellig den Banken und der Geschäftswelt zur Verfügung. Schon seit 9. März hatte man sich damals mit einem Diskont von 2 pSt. seitens der Bank begnügt. Diesmal ist der Barvorrat fast der gleiche, also ein viel günstiger als in den beiden Vorjahresjahren. Die Totalreserve, über die man verfügt, war sogar 1905 wesentlich geringer.

Nachfolgend fügt sich nunmehr die Bank von Frankreich wieder auf einen außergewöhnlich großen Goldbestand. Am 21. Mai betrug nämlich ihr Goldvorrat:

	Frös.
1905	2 870 663 000
1906	2 949 737 000
1907	2 681 015 000
1908	2 976 228 000

Seit langem ist, wie man sieht, die Goldmetallbasis nicht so breit gewesen, wenigstens nicht zu dem gleichen Jahresstadium. Bei unserer Reichsbank ist die Entwicklung ganz anders verlaufen. In der dritten Maiwoche betrug hier unser Metallvorrat Millionen Mark: 1905 1123,17, 1906 1053,74, 1907 984,80, 1908 1023,64. Wir sehen nach dieser Richtung also nicht nur hinter 1905, sondern sogar noch hinter 1906 zurück. Der Betrag von steuerfreien Noten, der der Reichsbank in der dritten Maiwoche noch zur Verfügung stand, stellte sich: 1905 auf 428,16 Millionen Mark, 1906 und 1907, bei flüchtigster Hochkonjunktur und Bankinanspruchnahme, auf 324,66 und 223,31 Millionen Mark. Heute beträgt die steuerfreie Notenreserve weit weniger als 1906 und kaum mehr als im frühesten der Bankjahre 1907, nämlich nur 228,71 Millionen Mark. Die Verkleinerung der Metallbasis und das Verhältnis zu dem Kreditvolumen, die „Enspannung“, läßt also noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Dabei hat Deutschland in den letzten Wochen rund 6 Millionen Dollar Gold aus den Vereinigten Staaten zurückgeführt.

Die Ursache der anwachsenen Bankbelastung liegt demnach in dem noch immer starken geschäftlichen Kreditbegehren. Den besten Anhalt dafür hat man in dem Wechselbestand der Reichsbank. Dieser betrug sich in der dritten Maiwoche: 1905 auf 825,18 Millionen Mark (bei 3 pSt. Diskont), 1906 auf 807,46 Millionen Mark (bei 4 pSt.), heute beträgt er nicht weniger wie 968,31 Millionen Mark. Nur das Jahr 1907 stand darüber: mit 1001,82 Millionen Mark Wechseln, aber auch mit einem Diskont von 5 pSt. Das macht es in der Tat erklärlich, daß die Reichsbank noch immer einen für sie gefährlichen Andrang fürchtet und deshalb die hemmende und warnende Schranke von 5 pSt. nicht sofort fallen ließ, obwohl sie eine baldige Milderung verspricht.

Aber nicht minder begreiflich ist es, wenn das Unternehmertum die Frage aufwirft, ob der fortschreitende Abstand zwischen den 2 pSt. in London und den 5 pSt. in Berlin nicht auch durch Änderungen in unseren allgemeinen Zahlungsmethoden sowohl wie in den Einzelheiten unserer Bankorganisation und Notenbankführung zu erklären sei, obwohl keineswegs ganz gehoben werden kann. Die Einwirkung eines Enquêteschusses ist deshalb nur willkommen zu heißen, und es macht einen etwas befremdlichen Eindruck, wenn hier und da in der Arbeiterpresse, aus blinder Furcht vor Agrariern und agrarischen Geldgebern, mit einem Male das frische Festhalten an dem „bewährten Altem“ zum Prinzip erhoben wird. Unsere Währungs- und Notenbankführung hat sich zweifellos im großen und ganzen gut bewährt. Aber daß man deshalb nach einem vollen Umschmelzen verschiedenartiger und reichlicher profunder Erfahrungen überhaupt nicht an Reformen denken dürfte, wird niemand behaupten wollen. Außerdem sind bei der vor dem Enquêteschusse angedienten Fragen überall, nicht nur in Deutschland, brennend geworden, weil man überall die Nachteile der Diskontschwankungen und Diskontsteigerungen mehr als früher zu fühlen bekam. Die Vereinigten Staaten mit ihrer vorhin erwähnten, aus dem alten einzelstaatlichen Partikularismus emporwachsenden Bankführung mögen dabei ganz beiseite bleiben. Dort wiederholten sich die Verluste einer Bankreform seit langen Jahren, obwohl naturgemäß am lebhaftesten bei jeder Geld- und Bankkrise. Aber nicht minder steht in England die Frage der Barbedeckungsregelung, die Fügung des Goldschatzes, die zweckmäßigste Handhabung und Verknüpfung der Diskontpolitik, die Verbesserung der Zahlungsmethoden und Abrechnungsverfahren auf der Tagesordnung. Politischer, City- und Bankerfragen ergreifen hierzu das Wort. Selbstverständlich, daß bei uns, mit unseren drückenderen Erfahrungen, solche Anläufe kritischer und erst recht nicht ausbleiben. Gerade, daß sie aus den Kreisen der Goldschätze, des Handels- und Industrieunternehmertums einfließen und von da aus die regste Unterstützung finden, beweist, daß von einer Bedrohung unserer Goldwährung und unserer Notensicherheit ganz und gar keine Rede ist — denn niemand hat an deren Erhaltung ein größeres Interesse, als die bezeichneten Unternehmerkreise. Die Arbeiterpresse könnte sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie, anstatt sich in ganz unklaren und unbegründeten Warnungen vor dunklen reaktionären Anschlägen zu ergötzen, ruhig die unklaren Mißstände mildernde und die gemachten und denkbaren Reformvorschlüssen mitprüfte. Daß wir dabei die Wirkungen und Einrichtungen, die infolge von Veränderungen in unseren Zahlungsmethoden und Bankeneinrichtungen allenfalls möglich scheinen, nicht übersehen sollen, versteht sich von selbst. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß uns als Vorkämpfern der Arbeiterinteressen die geringere und stärkere Flüssigkeit des Reichsbankkapitals, der Abstand zwischen uns und dem Ausland in der Höhe des Leihzinses nicht gleichgültig sein kann, obwohl die Nachbetrachtungen natürlich die kapitalistischen Unternehmer sind, die „fremdes Geld“ für ihre Betriebe brauchen.

Berlin, 31. Mai 1908.

Max Schippel.

### Politische Umschau.

Neue Steuern. Der neue Reichsschatzsekretär, Schow, soll seinen Entwurf zur Reichsfinanzreform jetzt zur Vorlage an den Bundesrat fertiggestellt haben. Es soll ein „größt- möglichster Reformplan“ sein, d. h., Herr Schow fordert außerordentlich hohe Summen. Es handelt sich um weitere schwere Belastung von Branntwein, Bier und Tabak. Außerdem sollen die Erbschaften in noch höherem Maße als bisher zur Steuer herangezogen werden. Das ist aber wahrscheinlich noch nicht alles. Herr Schow dürfte noch einige andere Steuerprojekte in petto haben.

Die Sozialdemokratie im preussischen Dreiklassenparlament. Die am 8. Juni vollzogene Wahl zum preussischen Abgeordnetenhaus haben, soweit sich bis jetzt ergeben läßt, folgendes Resultat gebracht:

	Bisher	6 Mandate
6 Sozialdemokraten	143	6
185 Konserverballe	62	6
56 Freilichtballe	76	6
55 Nationalliberale	96	6
93 Zentrum	24	6
24 Freilichtballe	9	6
7 Freilichtballe	18	6
14 Polen	2	6
2 Dänen	1	6
1 Welfe	2	6
2 Antiklerikale und Mittelständler	1	6
20 Stichwahlen		6

Die Sozialdemokratie wird also in einer Stärke von sechs Mandatinsigeln in das preussische Dreiklassenparlament einziehen. Grobort worden sind: Der Wahlkreis Linde-Canover (Stadt und Land) mit dem Genossen Robert Leinert als Vertreter und fünf Berliner Kreise, für welche als Vertreter vorgeschlagen sind: Karl Liebknecht, Heinrich Ströbel, Hermann Bornemann, Paul Girsch und Hugo Seimann. An den 20 Stichwahlen ist die Sozialdemokratie faktisch beteiligt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie noch den einen oder anderen Kreis erobert, und zwar würden in erster Linie wohl der südliche Berliner Kreis und der Kreis Schöneberg-Nikolausdorf in Betracht kommen. Die anderen vier Stichwahlen, an denen die Sozialdemokratie beteiligt ist, finden statt in Altona, Stormarn-Bandabell, Kiel und im Dörmannsbereich.

Das Wahleresultat der Sozialdemokraten übertrifft alle Erwartungen, die in der Partei gehegt worden sind. Sie hat nun doch bewiesen, daß sie selbst vor dem Vorkurf der Reaktion, dem Dreiklassenwahlrecht, nicht halt macht. Daß sie unter diesem System und den obwaltenden Umständen im ersten Anlauf sechs Mandate gewinnen konnte, legt glänzendes Zeugnis ab von ihrer Werbekraft und Disziplin. An Terrorismus gegenüber den abhängigen Wählermassen hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Die Macht der gewonnenen sechs Mandate wird noch erheblich dadurch erhöht, daß die Subventionen der abgegebener sozialdemokratischer Stimmen in einem gewaltigen Protest gegen das herrschende ungerechte Wahlsystem in sich schließen. Die verschärfte „Unruhpartei“ hat alle Ursache, auf die Ergebnisse des 8. Juni stolz zu sein.

Die deutschen Arbeitersekretariate. Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands berichtet eingehend über die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1907. Es werden dabei alle Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen berücksichtigt, so daß man ein gutes Bild dessen erhält, was auf dem Gebiete der Auskunftsstellen und Interessenvertretung bei familiären Arbeiterorganisationen erzielt. Zunächst kommen 96 von den freien Gewerkschaften unterhaltenen Arbeitersekretariate in Betracht und daneben noch in 132 Orten Auskunftsstellen, die von den örtlichen Gewerkschaften unterhalten werden. Die Aufgabe dieser Institute besteht in erster Linie in der Auskunftsstellen in allen Rechtsfragen des öffentlichen und des privaten Lebens, insbesondere auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und der sozialpolitischen Gesetzgebung und weiter in der Anfertigung von Bescheidbescheiden, Klagen, Gesuchen, Rekursen aller Art und ähnlichem. Außerdem wird die persönliche Vertretung von Klienten vor den Gerichten und Schiedsgerichten übernommen, soweit das gestattet ist, was leider nicht überall der Fall. Das „Correspondenzblatt“ fordert mit Recht, daß die zur Zulassung der Vertretung entgegenstehenden Bestimmungen der Zivilprozedur aufgehoben werden.

Von den 96 Arbeitersekretariaten der freien Gewerkschaften fallen auf Preußen 36, auf Bayern 10, Sachsen 6, Württemberg 1, Baden und Sekt 14, Mecklenburg 1 u. a. Derzeit werden 35 Sekretariate durch die Gewerkschaften, 46 durch eine besondere Sekretariatskommission, 8 unmittelbar durch den Bergarbeiterverband, 1 durch ein Kuratorium (in Coburg). Finanziell sind die Arbeitersekretariate in 84 Sekretariaten beteiligt; 64 Stellen erheben für diesen Zweck besondere Beiträge, die zwischen 20 J. und 1,50 für das Mitglied und Jahre schwanken. Außer den Sekretariaten und den Stellen tragen zur Unterhaltung der Sekretariate noch bei: in 35 Orten die sozialdemokratische Parteiorganisation, in 12 Orten die Redaktionen der sozialdemokratischen Presse oder sonstige sozialdemokratische Unternehmungen. Die Sekretariate in Wirt, Coburg, Cottbus und Gotha werden zum Teil vom Staat, zum Teil von den Gemeinden unterstützt.

Das Zentralblatt weist auf die Tatsache hin, daß diese Unterstützung ganz besonders dem Wirken sozialdemokratischer Vertreter in den Parlamenten zu danken ist, ein Beweis, wie notwendig es für die gesamte Arbeiterchaft ist, den Kommunal- und Landtagswahlen ein besonderes Interesse zuzuwenden. In Anspruch genommen wurden die Sekretariate von 419 832 Personen, d. h. von mehr als 4000 mehr als im Jahre 1906. Darunter waren 401 950 Arbeitnehmer oder Angehörige von ihnen. Lieber Einnahmen und Ausgaben haben 88 Sekretariate Angaben gemacht; sie nahmen rund 4 228 000 ein und gaben rund 4 868 000 aus. Aus agitatorischen Gründen wird von allen Sekretariaten die Zugehörigkeit der Auskunftsstellen zur gewerkschaftlichen, von 70 Sekretariaten auch die zur politischen Organisation festgestellt; 69 Sekretariate gewähren allen Auskunftsstellen ohne Unterschied Auskunft.

Neben den Sekretariaten und Auskunftsstellen der Gewerkschaften werden in Deutschland hieselben Zwecke dienende Einrichtungen von anderen Organisationen, vom Staat und von Gemeinden unterhalten. Außer den gewerkschaftlichen sind noch 7 Gruppen zu unterscheiden: 1. die evangelischen Volksbureaus, 2. die katholischen Sekretariate und Volksbureaus, 3. die kirchlich-Darlehens Sekretariate und Reichsausfunftsstellen, 4. die Auskunftsstellen politischer Organisationen, 5. die Frauenrechtlichkeitsstellen, 6. die gemeindlichen Arbeitersekretariate und 7. die gemeinnützigen Auskunftsstellen. Es sind ermittelt worden 6 Arbeitersekretariate und 17 Reichsausfunftsstellen der kirchlichen



---



die meisten Kollegen bereits Stundenlöhne von 67 bis 70  $\mathcal{A}$  beziehen. Die gleichzeitige Befreiung der Affordfäge-lehnen die Unternehmer ab. Erst sollten wir den allgemeinen vertraglichen Bestimmungen unsere Zustimmung geben und auf eine für alle Kollegen eintretende Erhöhung des Stundenlohnes verzichten, dann erst sollte über die Affordfäge beraten werden. Durch die Andeutungen der Unternehmer wußten wir jedoch schon, was geplant war. Die Herren Unternehmer hatten es verstanden, im letzten Winter die Affordfäge, welche im alten Vertrag nicht festgelegt waren, so unter der Hand herabzusetzen. Aber auch die jetzt herabgesetzten sollten nun vertraglich noch niedriger gesetzt werden, weil, was doch selbstverständlich ist, etwas überverdient wurde. Unsere als Forderungen eingereichten Sätze, welche sich im allgemeinen nach denen der Firma Wilkory & Co. üblichen richteten, wurden als vollständig unbefriedigbar bezeichnet. Das lange Wochen betriebene Verschleppungsmanöver wollten wir nicht mehr mitmachen und wurde deshalb der Streik beschlossen. Die Arbeit wurde Montag, den 1. Juni, eingestellt.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **J. Köster, Hamburg 1, Wendenbühlhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 7. Juni 1908 sind folgende Beträge eingegangen:

#### a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Berlin  $\mathcal{M}$  7279,82, Wolschmid 186,21, Hamburg 5000, Potsdam 800, Weiden 800, Gera 800, Rathenow 500, Blankenburg a. S. 800, Bimback 800, Weerane 800, Marzahnstadt 160, Dahlen 100, Rosten 100, Neumünster 346,10, Alfeld 13,44, Gschmied 800, Jüttau 500, Oldenburg, Gr. 400, Augsburg 400, Gulin 150, Reinhardenberg 100, Remgo 100, Bergedorf 100, Dresden 2,70, Lehn 450, Suhl 300, Würzburg 300, Wittenberg b. Halle 200, Halle 188,27, Jüngerleben 100, Seelen 27, Wittenberg-12, Lehn 6,50, Altenburg 500, Döbeln 400, Burgk 340, Wertheburg 300, Templin 250, Röhre 200, Teterow 100, Wiere 50, Harburg 850, Dortmund 1200, Schenk 600, Hameln 500, Graubenz 400, St. Johann 800, Gommern 600, Wittweide 500, Pirna 400, Erfurt 200, Oeynhausen 100, Sültrow 80.

#### b) Für Futterale.

Wittenberg  $\mathcal{M}$  2, Wilhelmshafen 10.

Der Verbandsvorstand.

### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

#### Gau Götting.

Meine Wohnung befindet sich vom 1. Juli d. J. an Bittauerstraße Nr. 3594, 3. St.

S. Kupke, Gauvorsitzender.

### Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Beschlüssen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

### Als Delegierte zum Verbandstage sind vorgeschlagen:

Für die 9. Wahlabteilung vom Zweigverein Lehn in Kollege **Albert Barth-Michaelhof**.

Für die 68. Wahlabteilung vom Zweigverein Münster i. W. Kollege **Alb. Peters-Münster**.

Für die 105. Wahlabteilung vom Zweigverein Lehn in Kollege **S. Steiner-Sychoe**.

Für die 108. Wahlabteilung vom Zweigverein Neumünster Kollege **Wilk. Neumann-Neumünster**.

Für die 196. Wahlabteilung vom Zweigverein Bergen a. N. Kollege **Heinr. Wilder-Bergen**.

**Nachen.** In Nachen hat die Krise eine Schärfe angenommen, die an die Jahre 1901 und 1902 erinnert. Auf dem Günterwerle „Mote Erde“ sind mehrere hundert Arbeiter entlassen und einigen weiteren hundert ist gekündigt worden. In der Textilindustrie sieht es kaum besser aus. Hier hat die Produktionseinschränkung zwar noch nicht so großen Umfang wie in der Eisenindustrie angenommen, aber sie hat dafür eine noch schlimmere Maßregel gezeitigt. Jahrelang haben sich die Textilarbeiter gegen die Einführung des sogenannten Zweifelhäftsystems gewehrt, wobei ein Weber zwei Wehlfüste bedienen muß, und die Einführung dieses Systems ist nun und zwar im Einverständnis mit einer wenn auch nur schwachen Majorität des christlichen Verbandes durchgeführt worden, zum Schaden der Arbeiter. Daß unter dieser allgemeinen Stodung des Geschäftslebens auch die Bautätigkeit bedeutend leidet, ist klar. Ein großer Teil Kollegen läuft arbeitslos umher, und täglich erfolgen mehr Entlassungen als Einstellungen. Bereits sind mehrere Selbstmorde von Bauarbeitern vorgekommen, die tatsächlich auf den Hunger zurückzuführen sind. Trotzdem hört man von fatten Privatleuten noch den Spruch: „Ja, wer arbeiten will, der kriegt auch Arbeit.“ Inwiefern dies wahr ist, zeigen folgende Angaben der hiesigen Armenverwaltung, wonach im Jahre 1905 die Zahl der wegen Arbeitslosigkeit bedürftig gewordenen und unterstützten Personen 1902 betrug, während es in den Krisenjahren 1901 und 1902 1647 bzw. 2028 waren. Im Jahre 1902 erhielten 152 Personen Armenunterstützung, weil der Ernährer „arbeitslos“ gewesen sein soll, im Jahre 1905 nur 10. Leider fehlen noch die Angaben von

1906 und 1907. Diese würden das ungeheure Maß der obigen Behauptung noch besser darlegen. Bei den außerordentlich hohen und teuren Lebensmittelpreisen in Nachen sind die Einkommensverhältnisse ganz miserable geworden. Die Stadt Nachen erhebt neben einem Kommunalsteuerzuschlag von 135 pSt. noch einen Stadthall oder Ofthof auf die verschiedensten Bedarfsartikel. So brachte z. B. der Ofthof auf Schledienste resp. auf Fleisch im Jahre 1905 die Summe von  $\mathcal{M}$  617,397, auf Baumaterialien  $\mathcal{M}$  141,480, auf Bier und Braumalz  $\mathcal{M}$  102,344 ein. Kommen noch die indirekten Staatssteuern hinzu, so kann man sich einen Begriff von der Lebenshaltung eines Nacher Bauarbeiters machen. Und darum sind die Verhältnisse zum großen Teile noch ebenso, wie sie zum Jahre 1879 in seinem Buche: „Die Industrie am Niederrhein“ so trefflich schilderte. In Zeiten der guten Konjunktur kaum das Notwendigste, in Zeiten der Krisen Massenarmut, Massenelend, Alkoholismus, Prostitution. Und als Signatur des Ganzen frömmelnde Bigotterie. Daß bei diesen Zuständen der Gedanke einer freiwilligen Arbeiterbewegung schwer Eingang findet, ist erklärlich, um die Organisation solange wie möglich fernzuhalten. Gedacht wird der Arbeiter gegen den Arbeiter gehet, damit ihm seine Klassenlage nicht bewußt wird. So auch in unserem Berufe. Trotz des vom christlichen Bauarbeiterverband abgehoffenen Tariffs sind Arbeitszeit und Lohn ungerlegt. Elf und mehr Stunden wird trotz der Arbeitslosigkeit gearbeitet, und selbst von Leuten, die als Arbeitervertreter den Tarif mit unterzeichnet haben. Dafür wird dann den Beamten des Zentrumsverbandes von dem Kollege die Hand gedrückt, auch wenn dieser Kollege als schwarz organisierter Streikbruch gerüht hat. Unsere Kollegen suchen nach an die Wand zu drücken, und die, die sonst in jeder Nummer der „Gau-gemeinschaft“ über angeblichen Terrorismus der Freiozialisten geredet, greifen zu Drohungen, um unsere Kollegen in ihre Reihen zu pressen, wie dies im Laufe der letzten Wochen wiederholt passiert ist, wenn auch ohne Erfolg. Selbst der Pastor wird als Agitator in die Häuser geschickt. Aber nur so weiter, an Ansehen gewinnen die Herren nicht dabei; denn die Kollegen, die anfangen, zu denken, lassen sich nicht mehr täuschen, sie wissen oder werden es zu wissen kriegen, daß wenn ein Erbschöpfung eines Freimaurers in der Stadt wählen kann, wie in Köln, dann auch die Maurer den Teufel nach einer Sonderorganisation; wie es der schwarze Bauarbeiterverband ist, zu fragen haben, sondern in die nach Freiheit der Arbeit und Ausrottung des Ausbeutertums strebende Organisation hineingehen.

**Guben.** Am 3. Juni hielt unser Zweigverein seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Unsere Mitglieder haben 16 Wochen in Ausperrung gelegen, sind aber seit einigen Wochen wieder in Arbeit. Der Vorstand mußte zu seinem Bauverein gehen, wie schwach die Versammlung besucht war. Raum der dritte Teil der Kollegen war auswesend. Unser Zweigverein, der sich während der Ausperrung sehr brav gehalten hat, hat jetzt 13 Streikbrecher zu verzeichnen, die meistens ländliche Maurer waren. Es wurde in der Versammlung mit großer Majorität beschlossen, sämtliche Streikbrecher auszuschließen. Leider ist es zu bedauern, daß unsere Kollegen mit einigen dieser Streikbrecher gemeinschaftlich auf einem Bau arbeiten. Würden unsere Kollegen so einen Streikbrecher sofort ins Auge fassen, wir glauben, er würde, ohne daß ihm ein belästigendes Wort gesagt würde, den Bau oder auch Guben verlassen, um da nicht mehr zu sein, wo er sich die Schande ausgehen hat. Es wurde in der Versammlung behauptet, die Polizei hätten in ihren Versammlungen darauf hingewirkt, daß alle Kollegen, die während der Ausperrung die Polizei beleidigt haben, von den Meistern auf einer schwarzen Liste geführt werden. Ein Meister soll sogar einem Zimmerer die Namen der auf der schwarzen Liste stehenden Kollegen vorgelesen haben. Hier heißt es: Kollegen, seht euch und zusammenhalten! Traurig wäre es, wenn etwa 20 Mann, die sich Kollegen nennen, uns, die wir über 800 zählen, so terrorisieren könnten. Zu wünschen wäre, daß jeder Kollege die Versammlungen besucht, um zu lernen, daß der Kollege zwar als seinen Vorgesetzten, aber nicht als seinen Herrgott anzusehen hat. Beschlossen wurde, unter Wegfall der monatlichen 10  $\mathcal{A}$ -Marke einen Rotationszuschlag von 5 p pro Beitragsmarke zu erheben; der Beschluß tritt mit dem 1. Juni in Kraft. An Stelle des Wintervergütens, das dieses Jahr wegen der Ausperrung ausfiel, soll am 4. Juni ein Sommervergütungen stattfinden. Das diesjährige Gewerkschaftsfest findet Anfang August statt. Zum Schluß stellte der Vorsitzende den Antrag, ihm eine Entschädigung zu gewähren, weil er nach Aufhebung der Ausperrung noch 14 Tage mit einem Kommissionsmitglied die Arbeiten im Streikbureau verrichtet habe. Der Vorsitzende erhielt  $\mathcal{M}$  30 als Entschädigung.

**Königsbütte.** Donnerstag, den 28. Mai (Himmelfahrt), tagte im Gewerkschaftslokale eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung, die gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: „Der Kampf ums Dasein.“ Der Genosse Hörsing aus Weitzen referierte. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen im Sinne des Referenten. Die Versammlung verlief ruhig, wogegen es im Vorjahre durch die „Brüder in Christo“ fast zu einem Tumult gekommen wäre.

**Anmerkung für den Schriftführer.** Mit der Zeidenderteil können wir uns nicht befassen, wie wir schon wiederholt im Briefkasten bemerkt haben.

Die Redaktion.

**Pirna.** Montag, den 1. Juni, tagte hier eine Maurer- und Zimmererversammlung. Die Tagesordnung lautete: „Die Tarifbewegung im Baugewerbe, der Schiedsspruch und endgültige Beschlußfassung darüber.“ Der Gauvorsitzende, Kollege Friedrich aus Dresden, referierte. Er konnte allerdings wenig Neues anführen, denn die Unternehmer in der Amtshauptmannschaft Pirna sind von der Sorte, der es auf einen Bruch mit mehr oder weniger nicht ankommt. Seit neun Monaten haben die Kollegen hier im Bezirk mit den Unternehmern in Unterhandlungen. Und was waren die Erfolge dieser Verhandlungen? Die Unternehmer lehnten den Berliner Schiedsspruch ab, sie unterwarfen sich einfach nicht. Gätten es die Arbeiter so gemacht, würde

diese „gebildete“ Unternehmerrschaft in die Welt hinausposaunt haben: Seht, die Arbeiter sind nicht fähig, sich dem Schiedsspruch zu fügen, den Tarif anzunehmen und zu halten! Die Unternehmer aber hier in den Bezirken, die die Lohnkommission zur Sitzung geladen, so erhielt sie schon in nächster Stunde eine Abfuhr. Ja, die Herren wollten nicht einmal wissen, daß die Lohnkommission schriftlich eingeladen hätten. (Wirklich gedanktswürdige Menschen!) Nachdem das hiesige Gewerbeamt als Einigungsamt von den Kollegen angerufen worden war, wollten die Unternehmer wieder ohne Gewerbeamt mit der Lohnkommission verhandeln, um wahrheitsgemäß die Sache hinauszuwerfen, in dem Glauben, wir eine Schlappe beibringen. Nein, nein, im Baugewerbe, aus dem Lode preßt der Wind nicht. Haben die Kollegen solange gewartet, so warten sie auch noch eine Woche bis zur Verhandlung des Schiedsspruches. Die Kollegen nahmen die Ausführungen des Kollegen Friedrich ruhig entgegen; da ihnen das Vorhanden mit den hochbrühigen Unternehmern nach bald zur Gewohnheit geworden ist. Aber eines steht fest: mögen die Kollegen sich jetzt auch ruhig verhalten, wenn aber einmal der Schiedsspruch erkräftigt, dann verstehen sie auch zu kämpfen. Die Abrechnung vom ersten Quartal ergab eine Einnahme und Ausgabe von  $\mathcal{M}$  496,40 für die Hauptkasse. Für die Lokalkasse betrug die Einnahme infolge Sparlasseneinnahme  $\mathcal{M}$  937,02, die Ausgabe  $\mathcal{M}$  634,14; Lokalassenbestand  $\mathcal{M}$  2892,88. Das hummelle Verbreiten des „Grundstein“ durch den Kollegen Bunt wurde gerügt. Ferner verlas Kollege Herr die wegen Schulden gestrichenen Kollegen. — In Zukunft mögen sich die Kollegen, trotz schlechter Konjunktur und der ewigen Vertragsverhandlungen, etwas mehr um die Versammlungen kümmern. Denn durch Raubheit und Versammlungschwächung erzwingen wir wohl kaum einen Sieg bei Lohnbewegungen.

**Rosen.** Am 21. Mai tagte hier eine öffentliche Maurer- und Zimmererversammlung. Die Tagesordnung lautete: „Wahrheiten aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“ Zu dieser Versammlung war der Vorstand der Ortsverwaltung des christlichen Verbandes vielfach geladen worden, hatte es aber durch einen Einschießbediensteten abgelehnt, in der Versammlung zu erscheinen. In diesem Briefe versuchen die Schreiber in echt jesuitischer Geistesart die getänte Leberwurst zu spielen, indem sie sich hauptsächlich auf die Schwächen der zentralistischen Kollegen berufen, die ihnen in Argwohn und Gnefen arges Leid zugefügt hätten. Der Brief, der in der Versammlung vorgelesen wurde, löste eine allgemeine Lachsalbe aus; denn jeder hiesige Kollege kennt die Herren, die sich Leiter des christlichen Verbandes nennen. Schluß als Referent bemerkt einleitend: Wenn die „Christlichen“ in ihrem Briefe von uns verlangen, wir sollten ihnen erst den Beweis bringen, daß wir es ehe mit der Rettung von Arbeiterinteressen meinen, und wenn sie an einer anderen Stelle des Briefes von Verdrägen sprechen, so sei hiermit das Thema zu der heutigen Versammlung gegeben. Schluß führte weiter aus: Wäher Vorwissen in der Christlichkeit, es verniedern, von denen in letzter Linie nur unsere wirtschaftlichen Gegner Vorteil haben, während wir dadurch einen wahren Bruderkampf auf den Bauteil herbeiführen würden. Nachdem aber die „Christlichen“, genau wie vor zwei Jahren, nach der Ausperrung, in einer öffentlichen Versammlung angefangen haben, uns zu verleumden, hat es mit jeder Mächtig ein Ende. Da sie uns immer den Spitter im Auge anderer erkliden, wollen wir ihnen den Spiegel vorhalten, damit sie ihren eigenen Balken gewahr werden. Es kann nur eins geben, entweder ein kollegiales, gedächliches Zusammenarbeiten für die Zukunft zum Nutzen der Kollegenchaft, oder eine einseitige Schiedung. Ein vereintes Schlagen kann bei einem getrennten Marschieren nicht gehen, wenn beide Teile sich fortgesetzt mit Schmutz beflecken. Bedner führte weiter aus: Er habe sich den Kopf zerbrochen, um zu entdecken, wo während der letzten Tarifverhandlungen oder auch früher Verleumdungen gegen den christlichen Verband geschleudert worden sind. Wäre dies wirklich geschehen, so hätten diese Herrschaften längst den Raab zu Hilfe gerufen, um „öffentlich zu beweisen“, wie schlecht die Kollegen sind. Wäher können sich diese Verleumdungen nur auf die infamen Streiche der Wehrden-Angelegenheit beziehen. Diese Ansätze laßt in der Ofthart wie Wei auf einen christlichen Gewerkschaftsorganisismus. Eingeweihten war dieses schon lange kein besonders Ereignis. Von einer Gesellschaft, die, um einen gändigen Regierungsbild zu erhalten, sich schon seit Jahren als „christliche nationale Arbeiterchaft“ bezeichnet, wird man nicht erwarten können, daß sie gegen den Sprachenparagrafen stimmt, und solange der christliche Gesamtverband einem Wehrden, der der reine Kanonist ist, indem er als Arbeitervertreter auch Vorstandsmittglied einer Bergwerks-Gesellschaft ist, den Rücken deckt, haben die Christlichen nicht das Recht, in diesem Falle von Verleumdungen zu sprechen. Wir dagegen scheuen uns nicht, es zu sagen, daß wir „international“ sind, und betrachten durch unsere internationale Betätigung jeden Arbeiter als Bruder und Bundesgenossen. Wenn aber die Christlichen in Wort und Schrift den Leiter des hiesigen Zweigvereins des ihr verhassten Zentralverbandes in jeder Weise in die Gasse ziehen und selbst einzelne, die Verhandlungen gefallene Worte aus dem Ganzen herausreißten, sie in finstertellender Weise demagogisch verzerren, dann muß ihnen auch einmal gesagt werden, daß sie bei sämtlichen Lohnbewegungen hier am Orte nur eine Figur spielen. Wie haben sie einen Schiedsspruch, einen Entwurf oder ähnliches verfaßt, sondern sie haben von unserer Arbeit Gebrauch gemacht. Bei allen Verhandlungen haben sie durch gut durchdachtes Schweigen eine besondere Tätigkeit bewiesen, um nachher alle Vorfälle einseitig zu bewerten, obgleich sie kuzten, daß das, was unternommen wurde, gemeinsam vorher durchberaten war. Augenau ist, weil nicht in unserem Bezirke liegen, unkontrollierbar; sind aber Fälle von unsolbistischem Verhalten vorgekommen, die wir ebenfalls bedauern würden, dann hätte der christliche Verband sich an unseren Verbandsvorstand wenden können, wie dieses dem Leiter des christlichen Verbandes, Franz, empfohlen wurde. Dieser hat es nach eigener Angabe nicht gemacht, und demzufolge ist es ihm mehr auf Agitationshoff als auf die glückliche Durchführung dieses Streiks angekommen. Wegen Gnefen siehe „Grundstein“, Nr. 20 d. J.;



von diesem Bericht wird kein Wort zurückgenommen. Handelt es sich aber um Zugereichte in einem Streik, dann sind es immer bei ihnen Zentralisten; wenn diese keinen Ausweis über ihre Organisationszugehörigkeit haben, so ist der Gegenbeweis schwer zu führen, und hiermit rechnen diese Brüder. Argentin und Gnesen sollen aber die verletzten Arbeiter und Meister erkennen, weil diese die Zugkraft verloren haben und viel vernünftiger Mensch den Schwindeln mehr glauben will. Ein besonderes Ruhmesblatt ist für die Christlichen Bräute. Am 20. Juli 1908 wandte sich die Organisationsleitung an den Vorsitzenden des Provinzialverbandes der Arbeitgeber mit dem Ersuchen, für die Orte Dobruß, Binne, Samter und Brönke einen Bezugsvertrag vereinbaren zu wollen. Am 18. August, legten die Kollegen am Bahnhofsplatz Scharfendel die Arbeit nieder und verlangten eine Randgeldezulage von 3.5. In der Verhandlung mit dem Unternehmer am 15. August, an der der Redakteur Kowalsky vom christlichen Verband teilnahm, jagte der Unternehmer zu, 1.3 Randgeld vorläufig zu bewilligen und die unternehmen Schritte bei dem Arbeitgeberverband zu unterstützen. Dadurch war der Weg beschritten, für vier Orte einen Vertrag festzusetzen, bei dem die Arbeiterkollegen sich für abgegrenzt hätten, weil in den übrigen Orten bereits ein höherer Lohn gezahlt wurde. Kowalsky, der durch Schwingen seine Zustimmung zu geben schien, schickte die Kollegen aber am selben Tage noch auf, nochmals mit dem Unternehmer zu verhandeln, was auch geschah. Die Folge war, wie ein Brief von demselben Unternehmer ausweist, daß der christliche Verband durch Kowalsky, dem mindestens die von uns unternehmen Schritte beim Arbeitgeberverband in die Augen fielen, einen Vertrag mit dem Unternehmer abschloß. Dieser Vertrag sieht nunmehr eine Randgeldezulage von 2.3 bei einer Entfernung von 7 1/2 km vor. Die weitere Folge war: unsere, dem Zentralverband angehörenden Kollegen wurden nach und nach entlassen, und im Frühjahr 1907 wurde von ihnen durch diesen Unternehmer Krüger und dessen Kollege der Liebertritt in den christlichen Verband geordert; sich nicht fügenbe Kollegen wurden nicht eingestellt, und diese Maßnahme wurde damit gerechtfertigt, weil der christliche Verband nicht jedes Jahr während der Bauzeit mit neuen Forderungen herortrete. Dieses Schicksal der Kollegen erinnert an Königsberg, Bromberg und andere Orte mit christlicher Leitung. Heute ist Brönke für die ganze Umgebung ein Kennzeichen für die weitere Entwicklung auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Damit ist das Maß noch nicht voll. In Weichen und Schneidemühl gingen unsere Streiks infolge von Streikbrechern verloren. Heute sind diese Kapitalstreiter Mitglieder des christlichen Verbandes, und letzterer fordert für diese Herrschaften die volle Anerkennung bei etwaigen Lohnbewegungen; in der Bauerschaft spricht man aber von weiteren organisatorischen Fortschritten. In Gnesen fand durch Christliche in den letzten zwei Jahren sechs unserer Kollegen, und in Kosten drei Kollegen gemeldet, resp. durch Zwang zum Liebertritt gezwungen worden. Und in Kruschwitz hat man 1906 selbst die in Polen ausgeperrt gewordenen Zentralisten von den Bauten gejagt. Keiner jedoch mit dem Wunsch, daß nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern mit dem Mittel der Aufrüstung gegen die Christlichen vorgegangen werden möchte. Eine kurze Diskussion folgte diesem Vortrage.

**Wurz.** Am 20. Mai tagte hier eine Bauarbeiterversammlung. Der Vertrauensmann, Kollege Wicht, teilte mit, daß sich die Gründung eines Zweigvereins nötig macht, da nach dem neuen Vereinsgesetz irgendwelche Schwierigkeiten nicht mehr bestehen. Nachdem Wicht noch mit geistreichen Worten des alten schäffischen „Juwels“ gedacht und auf den Unterschied zwischen Zweigverein und Hauptstelle hingewiesen hatte, wurde einstimmig beschlossen, einen Zweigverein zu bilden. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt die Kollegen Wicht als erster Vorsitzender und Andra als erster Kassierer. Hierauf gab der Kollege Wicht noch einen kurzen Bericht, inwieweit der Beschluß der letzten Versammlung, betreffend die Arbeitsruhe am 1. Mai, befolgt worden ist. Er teilte mit, daß sich doch einige organisierte Kollegen nicht an den Beschluß gehalten haben. In der hierauf folgenden Debatte wurde das Verhalten der betreffenden Kollegen scharf verurteilt. Kollege Hoffmann stellte den Antrag, diesen Kollegen aufzugeben, die Gründe zu ihrem Verhalten mündlich oder schriftlich beim Vorstand einzugehen, der darüber befinden soll, inwieweit sie schuldig sind. Kollege Böttig gab die Gründe zu seinem Verhalten bekannt, die auch anerkannt wurden. Unter Punkt „Allgemeines“ wurde noch beschlossen, bis zum 1. Juli zwecks Kontrolle sämtliche Mitgliedsbücher einzugehen. Ferner wurde beschlossen, am 28. Juni ein Sommerfest abzuhalten. Die hierzu nötigen Arbeiten wurden dem Vorstand überlassen. Weiter wurde beschlossen, zur Vergrößerung der Bibliothek des Vereins 10 aus der Lokalkasse zu bewilligen. Ferner wurde noch debattiert über das Verhalten des Vorstandsvorsitzenden betreffs des Tarifabschlusses in Berlin. Hierauf stellte Kollege Hoffmann den Antrag, in nächster Zeit eine Versammlung abzuhalten und dazu einen Referenten kommen zu lassen, der über diesen Punkt Aufklärung gibt. Hierauf wurde die von 52 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

### Von der Grenze.

Aus Böhmen wird uns geschrieben: Durch die ganzen Jahre hindurch waren immer die Maurer aus dem Böhmerwald der Gemüths- und in Bewegung der Maurer Deutschlands im Fichtelgebirge, im oberen Vogtland und im Erzgebirge. Um diesen Vortritt von uns abzuwälzen, setzten wir mit Hilfe des deutschen Verbandes alles daran, um die im westlichen Böhmen lebenden Maurer für die Organisation zu gewinnen. Das gelang auch zum großen Teil. Die meisten Maurer, die im Frühjahr nach Deutschland zogen, haben das Mitgliedsbuch in der Tasche. Durch diese Wintermigration wurden schon verschiedene Erfolge erzielt, besonders in Bayern unterhalb Gofz. In Selb und Schönwald, wo größtenteils Maurer aus Böhmen beschäftigt sind, ist es mit Hilfe dieser Kollegen gelungen, Tarifverträge abzuschließen. Vor nicht allzu langer Zeit bestanden in diesen Orten noch Löhne von 25 bis 35.3 pro Stunde,

ja in Schönwald wurden noch im heurigen Frühjahr Löhne von 32 bis 40.3 pro Stunde gezahlt. Als nun vor zwei Jahren endlich die Kollegen von Selb daran gingen, eine Organisation zu gründen und im vorigen Jahre der Lohn durch einen Tarif auf 45.3 Mindestlohn festgelegt wurde, galt es auch in den nahen Schönwald, die Organisation zu stärken. Zur Ehre der dortigen Kollegen sei es gesagt, daß sie durch ihre unermüdete Agitation es zu stande gebracht haben, sich Respekt bei den Unternehmern zu verschaffen. Es kam auch hier ein Vertrag zu stande, mit dem die Maurer Schönwalds zufrieden sein können.

Nun, Kollegen von Schönwald, wiederum wurde der Beweis erbracht, daß nur eine stramme Organisation im stande ist, etwas zu erreichen. Eure Pflicht ist es nun, darüber zu wachen, ob ihr dort festhaltet, ob ihr Tischechen oder aus dem westlichen Böhmen seid, daß ihr auch das Erreichte festhaltet. Lange genug hat es hier gedauert, bis der Organisationsgedanke festen Boden fand. Darum liegt es der neuere Arbeit, lest eure Fachblätter, besucht eure Versammlungen, laßt euch gegenseitig auf und dann wird es der Unternehmer nicht mehr wagen, euch willkürlich zu entlassen. Auch die Kollegen von Selb müssen mit aller Kraft daran gehen, die Organisation zu stärken, um auch hier die Unternehmer zu belehren, daß es nicht angeht, den bestehenden Tarif zu brechen. Die Kollegen sind verpflichtet, es der Organisation zu melden, wenn sie nicht tarifmäßig entlassen werden. Nicht das Faustballen in der Tasche, nicht das Murken hat einen Wert. Bist du organisiert, so ist es deine Pflicht, dein Recht in der Organisation zu suchen; dort wird es dir werden. Pflicht der dort arbeitenden böhmisches Kollegen ist es, mitaufpassen an dem Ausbau der Organisation. Wir haben hier an der Grenze noch einige Gebiete, wo es ebenfalls an der Zeit wäre, mehr für die Agitation zu tun. Der Versuch muß einmal gemacht werden, auch im oberen Vogtland, von Plauen aufwärts bis nach Klingenthal, die gewerkschaftliche Organisation auszubauen. In Betracht kommen hauptsächlich die Gebiete Oelsnitz, Adorf, Bad Elster, Marktredwitz und Klingenthal, die ausschließlich von böhmisches Maurern überwiegend sind. Da es nun in Sachsen, dann dem „freischützlichen“ Vereinsgesetz, einem Ausländer unmöglich ist, etwas zu tun, mühte hier mit einer tüchtigen Hausagitation begonnen werden. Gerade in diesen Gebieten scheint sich eine Bruchstelle für Brüderbeide und dergleichen zu bilden. Wir können es nicht ruhig hingehen lassen, daß hier Kollegen, die im Winter gewonnen werden, wieder verloren gehen, weil keine Möglichkeit zum Vertragsabschluß vorhanden ist. Es wird wohl keine leichte Arbeit sein, die hier anfangen. Maurer von dem Wirt der Organisation zu überzeugen. Aber die in der Nähe befindlichen Organisationen müssen es als ihre Aufgabe betrachten, diesen schwarzen Winkel in Angriff zu nehmen. Ausgerollt müssen diese Bruchstellen der Streikbrecher und Brüderbeide werden und auch wir wollen hier in den Grenzgebieten Witz und Wertsitz unferen Teil dazu beitragen. Geht es in der richtigen Art, dann muß der Erfolg unser sein.

### Französischer Bauarbeiterkongress.

Jr. Vom 10. bis 23. April fand in St. Etienne der zweite Kongress des Verbandes der Arbeiter der Gebäude-Industrie statt, der erste nach der Konstitution des Verbandes, die zu Orléans 1907 vollzogen wurde. Hervorgegangen aus verschiedenen Berufsverbänden, die sich Ausnahme des Verbandes der Arbeiter nach dem konstituierenden Kongress auflösten und zusammen etwa 12 bis 14 000 Mitglieder zählten, trat der neue Verband mit dem 1. Juli 1907 in Tätigkeit. Am 31. März vereinigte er bereits über 800 örtliche Synkrate mit über 40 000 vollqualifizierten Mitgliedern. Die effektive Mitgliederzahl dürfte am 10. bis 15 000 höher sein. Da der Verband ein Moderatort ist, läßt sich die eigentliche Mitgliederzahl nicht genau feststellen. Stimmberechtigt auf dem Kongress waren 284 Synkrate, die bis Ende Februar ihren Anschluß an die Organisation vollzogen hatten. Von den 284 Synkraten waren dem Verbands nach: 47 Maurer (die Hilfsarbeiter sind fast durchweg mit den gelerntem Arbeitern in denselben Synkraten organisiert), 38 Baustatiker, 28 Steinarbeiter, 18 Zimmerer, 14 Maler, 13 Schloffer und Spengler, 12 Erdbauer, 12 Gipser, 6 Zementierer, 4 Dachbeder, 3 Sattler, 79 gemischte Bauarbeiter-Synkrate und 11 verschiedenen Berufs. In den kleineren Orten sind die Bauarbeiter meist in gemischten Synkraten organisiert. Die Einnahmen des Verbandes betrugen vom 1. Juli 1907 bis 31. März 1908 Fr. 31 539.75 (ausschließlich des Journals), die Ausgaben betrugen Fr. 18 307.90, so daß sich der Kassensaldo auf Fr. 13 231.85 beläuft. Außerdem betrug der Kassensaldo des Journals Fr. 1628. Die Ausgaben sind nicht spezialisiert, doch ist anzunehmen, daß der größte Teil für Agitation und Verwaltung ausgegeben wurde. Streikunterstützung hat die Organisation nicht geleistet, was bei dem niedrigen Beitrag (10 Ct. monatlich), auch nicht möglich wäre; jedoch wurden in vielen Fällen kleine Unterstüßungen gegeben, oder Delegierte in die Streikorte geschickt. Der Bericht verzeichnet 10 Streiks für das zweite Halbjahr 1907, wovon 7 sollen oder teilweise und 3 keinen Erfolg hatten. Nähere Angaben fehlen. Der größte Streik war der der Pariser Zimmerer, der 63 Tage dauerte und erfolgreich beendet wurde. Vom 1. Januar ab wurde eine Verbandskarte eingeführt, so daß jetzt für ganz Frankreich einheitliche Mitgliedskarten und Beitragsmarken in Gebrauch sind.

Das Organ des Verbandes, „Le Travailleur du Bâtiment“ („Der Bauarbeiter“), erschien zum ersten Male am 15. Mai in einer Auflage von 15 000 Exemplaren. Seine Auflage liegt auf 20 000, es soll auf Antrag der Verbandsleitung obligatorisch eingeführt werden. Das Blatt erscheint monatlich, wurde jedoch vom 1. Februar ab zweimal monatlich herausgegeben. Infolge des Wachstums der Organisation mußte außer dem Sekretär auch der Kassierer und schließlich noch ein zweiter Sekretär fest angestellt werden.

Auf der Tagesordnung des Kongresses standen zwölf Punkte, und zwar: 1. Bericht des Föderationsrates. 2. Das obligatorische Journal. 3. Streikliste. 4. Durchführung der Verbandskarte. 5. Agitation für die Herabsetzung der Arbeitszeit. 6. Zulassung von Berufs- und Industrie-Synkraten des gleichen Ortes. 7. Berufsliste. 8. Beteiligung der Zwischenmeister. 9. Durchführung der Beschlüsse des Einigungs-Kongresses. 10. Internationale Beziehungen. 11. Der Antimilitarismus. 12. Regelung der Verwaltung.

Der Kongress wurde am 19. April um 9 Uhr vormittags im Saale der Arbeitshalle von St. Etienne eröffnet. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen wurden die Wahl einer Mandatsprüfungskommission vorgenommen und nach Erledigung einiger Formalitäten die Plenarverhandlungen auf den nächsten Tag vertagt. In der Sitzung vom 20. April wurde zunächst beschlossen, die Presse von den Verhandlungen auszuscheiden. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 107 Delegierte anwesend, die 189 Mandate besitzen und sämtlich für gültig erklärt werden.

Der Sekretär der Konföderation der französischen Gewerkschaften, Griffuelhes, der den Verhandlungen beizuwohnt, begrüßt den Kongress und wirft einen Rückblick auf die Entwicklung der Organisation. Die Aufgabe des Kongresses wird es sein, die so schnell erregene Position zu befestigen. Dazu bedürfte es der Mitarbeit aller. Der Sekretär Nicolet verliest den Rechenschaftsbericht des Föderationsrates, der nach kurzer Debatte einstimmig gutgeheißen wird. Nach Wahl verschiedener Kommissionen erhält S. e. n. t. a. i. den Bericht der Kontrollkommission und stellt die gute Ordnung der Kassierung fest. Nach kurzer Zustimmung der Diskussion wird dem Kassierer, Kollegen S. e. n. t. i. Vollmacht gegeben, einen Modus bei der Markenverteilung einzuführen, der die Feststellung der Mitgliederzahl ermöglicht. Es wird weiter ein Antrag angenommen, daß die mit ihren Beiträgen im Rückstand befindlichen Synkrate einen Monat nach erfolgloser Mahnung gestrichen werden sollen. In der Nachmittags-Sitzung erhält Nicolet nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten den Bericht über den Antrag auf Herabsetzung der Arbeitszeit. Er hebt besonders den schädlichen Einfluß der langen Arbeitszeit in der Provinz hervor. In gewissen Regionen werde noch 12 und 13 Stunden täglich gearbeitet. Man könne jedoch nicht überall zu gleicher Zeit vorgehen, sondern müsse einen Bezirk nach dem anderen vornehmen, und zwar dort beginnen, wo die Arbeitszeit noch am längsten sei. Diese Bezirke könnten nach vorheriger Umfrage bestimmt werden.

S. e. n. t. i. wünscht, daß die Frage der Arbeitszeit und des Zwischenmeisterstems mit einbezogen werde. Er weist auf die Beschlüsse des Internationalkongresses von Bordeaux hin, der zur Ausbesserung des Zwischenmeisterstems die Gründung solcher Vereine beschlossen habe.

Boyer-Marcelle führt aus, daß sein Synkrate (Steinmengen) beschlossen habe, die Arbeitszeit zu befestigen und mit dieser Forderung die Herabsetzung der Arbeitszeit zu verbinden. Boyer-Marcelle verlangt ein Eingreifen der Föderation, um bei Vergebung der Negiarbeiten das Zwischenmeistersthem auszuscheiden.

Nach längerer Diskussion wird der Antrag Nicolet angenommen, die Verbandsleitung zu beauftragen, einen Fragebogen an die Synkrate zu verschicken, um die Arbeitszeit, Lohnverhältnisse, Einstellungsbedingungen usw. festzustellen. Die Verbandsleitung wird beauftragt, nach den gemachten Erhebungen eine systematische Aktion zur Verfestigung der Arbeitszeit zu führen. Außerdem erklärt der Kongress, daß das Zwischenmeistersthem und die Arbeitszeit vereinbar sind mit einer kurzen Arbeitszeit und gibt dem Föderationskomitee Mandat, deren Befestigung zu verfolgen.

Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen. Rannetier (Paristier) Paris erklärt hierzu, daß er aus prinzipiellen Gründen für den Antrag stimme, obwohl die Pariser Bauarbeiter schon seit 20 Jahren den Achtstundentag erlangen haben und dabei auf Stück arbeiten. Das hindere sie nicht, ihre invidien Kollegen zu unterstützen.

Es wurde nun nächsten Verhandlungsgesamtheit geschrieben wird, wird auf Antrag von D. u. e. n. e. Paris eine Protestresolution „gegen den marktförmigen Raubzug und gegen die Entfesterung der tätigen Gewissen, denen zugleich die volle Teilnahme ausgedrückt wird“, angenommen.

Es wird in die Diskussion über die Zulassung von Berufs- und Industriesynkraten eines Ortes eingetreten.

Nicolet gibt zunächst einen Überblick über die Tätigkeit der Verbandsleitung, um in Streitfällen eine Einigung herbeizuführen. Der Kongress müsse sich entscheiden, ob die Autonomie der Synkrate erhalten werden sollte, oder ob diese gezwungen werden sollten, sich den am Orte bestehenden Industriesynkraten anzuschließen.

An die Miza tritt für letztere Regelung ein, indem er näher auf die lokalen Zustigkeiten seines Ortes eingeht. Ausnahmen könnten nur für gewisse Berufs, wie die in Solgeschneidfabriken beschäftigten Arbeiter, zugelassen werden.

Es sprechen noch mehrere Redner im gleichen Sinne. S. e. n. t. i. erinnert an die Beschlüsse des Einigungs-Kongresses. Die Frage sei nicht lösbar. Man könne weiter nichts tun, als die Berufssynkrate auffordern, sich zu Industriesynkraten zu vereinigen.

Boyer-Marcelle ist gegen die zwangsweise Vereinigung von Berufssynkraten, doch dürfe man zwei Synkrate des gleichen Berufs in einer Stadt nicht zulassen.

In der Vormittags-Sitzung vom 21. April wird die Diskussion fortgesetzt. F. o. t. i. e. s. s. Marcelle empfiehlt überall da, wo Berufssynkrate bestehen, die Gründung einer gemeinsamen lokalen Union, die die Autonomie der Synkrate aufrecht erhält, jedoch eine gemeinsame Aktion erleichtert.

R. o. s. s. e. l. (Verbandssekretär) hält bei dem vielfach noch vorherrschenden Zustigkeits die strikte Durchführung der Industriesynkrate für unmöglich. Es sei dem Föderationsrat auch schwer möglich, bei zwei gleichen Berufssynkraten eine Auswahl zu treffen. Er empfiehlt die Aufrechterhaltung des status quo, daß da, wo die Gründung von Industriesynkraten nicht möglich ist, Berufssynkrate gegründet würden.

Es wird eine Kommission gewählt, der sämtliche vorliegenden Anträge überreichen werden. Nachdem noch verschiedene Redner sich zur Sache geäußert haben, verliest Nicolet namens der Kommission folgenden Antrag, der mit allen gegen eine Stimme angenommen wird:

In Erwägung, daß der Verband der Arbeiter der Gebäude-Industrie ein Industriesynkrate ist, bestimmt der Kongress, daß sein Werk sein soll, eine Annäherung unter allen Berufs- und Industriesynkraten herbeizuführen, um den Zustand möglichst zu befestigen. In weiterer Erwägung, daß die Berufssynkrate dem Verband in der Erfüllung dieses Einigungswerkes helfen sollen, läßt sie der Kongress ein, sich überall, wo es möglich ist, in Industriesynkraten zu vereinigen. Im weiteren empfiehlt die Resolution in Streitfällen die Annäherung der Verbandsleitung und die Gründung von lokalen Unions.



In der Nachmittags-Sitzung begrüßt Nicolet die Kollegen Gungliano vom italienischen und Rob. Koll vom schweizerischen Bauarbeiterverband, die als Gäste erschienen sind. Franco-Syon erstattet den Bericht der Kommission für Errichtung einer Streikliste. Der Antrag der Kommission geht dahin, mit dem bisherigen Beitrag die Verwaltung des Verbandes und das Verbandsorgan zu bestreiten und zur Schaffung einer Widerstandskasse den Beitrag um 10 Cts. monatlich zu erhöhen. Es sei dies nur ein Anfang und vornehmlich dazu bestimmt, den kleinen Organisations- und Hilfs zu kommen.

Nicolet spricht namens des Föderationsrates im gleichen Sinne. Es sei unbedingt nötig, angesichts des koalisierten Unternehmertums sich auf große Kämpfe vorzubereiten.

Carli-Marjeffe ist für die Zentralisation der Beiträge. Die Syndikate sollten in ihrer Gesamtheit nur soviel behalten, als sie zur Deckung ihrer lokalen Verwaltungsausgaben brauchen. Troitebs-Marjeffe ist gegen die Gründung einer Streikliste, die er als einen „Bluff“ bezeichnet. Mit einer Kasse komme man dem Kapital nicht bei. Das wirkliche Mittel sei die „Sabotage“ (Herstellung unbrauchbarer Arbeit). Im gleichen Sinne äußern sich noch mehrere Redner.

Thomaz-Paris erinnert an den Streik von 1906 und an die gegenwärtige Ausbeutung. Sein Syndikat habe seine Stärke vornehmlich der Erhöhung des Beitrages auf Frs. 1.50 monatlich. Er beantragt einen Beitrag von 10 Pkt. der Syndikatsbeiträge für die Streikliste und einen einmaligen Beitrag von Frs. 1 zur Gründung eines Widerstandsfonds. Corim-Paris erinnert an den Streik der Pariser Zimmerer, der verloren gegangen wäre, wenn die Föderation nicht mit Frs. 1000 zu Hilfe gekommen wäre. Es sprechen noch mehrere Redner teils für, teils gegen.

In der Vormittags-Sitzung vom 22. April wird zunächst im Prinzip über die Schaffung einer Widerstandskasse abgestimmt. Es stimmten 146 dafür, 31 dagegen und 9 enthielten sich der Abstimmung. Betreffs der Beitragshöhe stimmten 95 für 15, 47 für 20, 12 für 25, 1 für 30 und 1 für 65 Centimes. Der Verbandsbeitrag beträgt also vom 1. Juli 15 Centimes monatlich.

Der folgende Punkt ist die obligatorische Einführung der einheitlichen Mitgliedskarte, die alljährlich erneuert wird.

Clement teilt hierzu mit, daß 53000 Karten entnommen worden sind. Alle Syndikate, mit Ausnahme von zwei, haben die Karte eingeführt. Nach einer kurzen Diskussion, in der besonders die Einführung einer Mitgliedsbuches an Stelle der Karte empfohlen wird, wird die obligatorische Einführung einer einheitlichen Jahreskarte einstimmig beschlossen.

Da die beiden ausländischen Delegierten abreisen müssen, wird zunächst über die internationalen Beziehungen diskutiert. Rousselot teilt das Ergebnis einer am Abend vorher stattgefundenen Konferenz mit den ausländischen Delegierten mit. Der effektive Anstoß der Föderation sei infolgedessen erschwert, als die bestehenden internationalen Verbindungen des Bauwerkes sich auf Berufsorganisationen aufbauen. Doch könne man für die einzelnen Berufe den internationalen Kartellen beitreten.

Gungliano teilt die Bemerkungen der italienischen Organisation mit, um die italienischen Bauarbeiter zu verhindern, in anderen Ländern als Streikbrecher oder Lohnbrüder zu arbeiten.

Anselmi-Milza befragt die Organisationskommissionen in den Grenzregionen. Da die französische Organisation den internationalen Verbindungen der Bauarbeiter nicht angehört, werden den ausländischen Arbeitern, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, die in Frankreich geleisteten Beiträge nicht angerechnet. Er beantragt deshalb, die Verbandsleitung mit der baldigen Einberufung einer internationalen Konferenz zu beauftragen.

Nach längerer Diskussion, in der sämtliche Redner die Notwendigkeit des Anschlusses an die internationalen Kartelle der Bauarbeiter betonen, werden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Kongreß akzeptiert die sofortigen Beziehungen zwischen dem italienischen und dem französischen Bauarbeiterverband und beauftragt den Föderationsrat, für den Monat September 1908 eine Konferenz zu organisieren, wo die Vertreter dieser Föderationen die notwendigen Maßnahmen zum besseren Ausbau der Verbindungen und der Wahrung der Interessen treffen sollen.

2. Der Kongreß drückt den Wunsch aus, daß die der Föderation angeschlossenen Organisationen ihren Delegierten zum nächsten allgemeinen Generalkongreß den Auftrag erteilen, einen Antrag zu unterbreiten, der die Konföderation der Gewerkschaften einladet, dem internationalen Sekretariat effektiv beizutreten.

Es wird hierauf in der Diskussion über die obligatorische Mitgliedskarte fortgefahren und beschlossen, neben dieser noch einheitliche Mitgliedsbücher einzuführen, die die Statuten enthalten sollen, jedoch die Karten zur leichteren Kontrolle auf den Baustellen beizubehalten. Außerdem wird beschlossen, daß der monatliche Verbandsbeitrag nur auf 15 Cts. erhöht worden ist, den Preis der Jahreskarte auf 10 Cts. festzusetzen, wovon 5 Cts. der Widerstandskasse überwiesen werden. Es wird hierzu noch beschlossen, daß die Widerstandskasse vom 1. Januar 1909 ab in Funktion treten soll, und daß erst vom zehnten Streiktag ab Unterstützung geleistet werden soll. Nach Regelung verschiedener Streitfälle wird die Frage der Berufsgenossenschaft diskutiert, wozu verschiedene, eingehend begründete Beschlüsse gefaßt werden. Zur Durchführung der Beschlüsse des Einigungs-Kongresses werden verschiedene Anträge an den nächsten Generalkongreß gestellt, um die repräsentativen Organisationen (Maler und Schlosser) zum Anschluß zu nötigen.

In der Sitzung vom 23. April werden eine Reihe Statutenänderungen vorgenommen, eine längere antimitaristische Resolution beschlossen und als Ort des nächsten Kongresses, der 1910 stattfinden soll, Orleans bestimmt.

## Betralkrankenkaße.

(Grundstein zur Einigkeit.)

### Bekanntmachung.

Nach einer dem Vorstande zugegangenen Mitteilung hat sich der auf der Generalversammlung in Hamburg neu gewählte Ausschuss wie folgt konstituiert:

G. Muggenburg, Vorsitzender, Hamburg 3, Alter Steinweg 66/67, III.  
G. Stieber, Stellvertreter.  
J. Stangst, Schriftführer.  
G. Saffner, Stellvertreter.  
M. Saffner, Wäscher.  
H. Schmidt, Wäscher.  
H. Schulze, Wäscher.

Alle Beschwerden gegen den Vorstand sind an den Vorsitzenden des Ausschusses zu richten.

Gemäß § 21 a der Statuten wird hiermit die Geschäftsordnung des Schiedsgerichts und die Adresse des Obmannes desselben veröffentlicht.

### Geschäftsordnung.

§ 1. Das Schiedsgericht hält keine Sitzungen nach Bedarf ab. Den Vorsitz in den Sitzungen führt der Obmann oder dessen Stellvertreter. Die Sitzungen des Schiedsgerichts sind öffentlich. Durch Beschluß des Schiedsgerichts kann einzelnen Personen der Zutritt verweigert oder das fernere Verbleiben im Sitzungszimmer untersagt werden, soweit das Schiedsgericht dies für angemessen erachtet.

Das Schiedsgericht hat seine Entscheidungen in derselben Sitzung zu verkünden, in der die Sache zu Ende verhandelt wird.

§ 2. Jeder Sitzung ist von einem Schiedsrichter ein Protokoll zu führen.

Das Protokoll soll enthalten:

1. Ort und Tag der Verhandlung;
2. die Namen der Schiedsrichter, die an der Sitzung teilgenommen haben;
3. eine kurze Bezeichnung der Parteien;
4. die Bezeichnung der etwa erschienenen Parteien und ihrer etwaigen Vertreter;
5. die Anträge der Parteien;
6. die Entscheidungen des Schiedsgerichts. Das Protokoll soll von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer unterschrieben werden.

Eine Verletzung dieser Formvorschriften hat die Ungültigkeit des Verfahrens nicht zur Folge.

§ 3. Jede Partei hat das Recht, ihre Sache in den Sitzungen des Schiedsgerichts selbst oder durch einen Bevollmächtigten zu führen. Der Bevollmächtigte ist nur dann zugelassen, wenn er sich durch eine gehörig verfertigte Vollmacht legitimiert.

Jede Partei ist ferner berechtigt, durch schriftliche Eingaben ihre Rechte zu verfolgen.

Der Kläger ist bei der Benachrichtigung vom Verhandlungstermin auf diese seine Verpflichtung aufmerksam zu machen.

§ 4. Hat ein Kläger gegen einen Vorstandsbeschluß Berufung eingelegt, so hat das Schiedsgericht hiervon unverzüglich der Kasse Mitteilung zu machen.

§ 5. Von dem demnach zur Verhandlung der Sache anzuvermahnenden Termin sind die Parteien frühzeitig schriftlich unter Angabe des Sitzungslokals zu benachrichtigen. Der für den Kläger bestimmte Benachrichtigung ist eine frankierte Postkarte mit dem Vermerk: „Benachrichtigung zum Termin vom ...“, rechtzeitig erhalten, beizufügen. Diese Postkarte ist von dem Kläger genau auszufüllen und, unverzüglich an das Schiedsgericht zurückzusenden; erfüllt der Kläger diese Verpflichtung nicht, so wird in der Sache nicht verhandelt und neuer Termin erst auf erneutes Anrufen des Klägers anberaumt. Bestätigt der Kläger auch den Empfang der Benachrichtigung von diesem zweiten Termin nicht, so gilt die Berufung als zurückgenommen. Erscheinen die Parteien oder eine der Parteien trotz erfolgter Benachrichtigung nicht, so hat das Schiedsgericht nach Lage der Akten zu entscheiden. Die Benachrichtigung des Klägers hat einen dahingehenden Hinweis zu enthalten.

Werden weitere Termine erforderlich, so sind die Parteien von diesem Termin in derselben Weise wie von dem ersten Termin zu benachrichtigen. Werden die ferneren Termine in öffentlicher Sitzung des Schiedsgerichts verkündet, so ist eine besondere Benachrichtigung der Partei, die selbst oder deren Vertreter bei der Verkündung des neuen Termins zugegen war, nicht erforderlich.

§ 6. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht ist kostenfrei. Doch werden weder dem Kläger noch seinem Vertreter Reisekosten vergütet oder sonstige Entschädigungen gewährt.

§ 7. Der Schiedspruch ist unter Angabe des Tages der Abfassung von den Schiedsrichtern zu unterschreiben, den Parteien in einer von den Schiedsrichtern unterschriebenen Ausfertigung auszustellen und unter Beifügung der Beurkundung der Zustellung auf der Gerichtsschreiberei des königlichen Amtsgerichtes Altona niederzulegen.

§ 8. Der Obmann oder dessen Stellvertreter ernennt die Termine an, erläßt die erforderlichen Benachrichtigungen und reicht die zur Niederlegung auf der Gerichtsschreiberei bestimmten Schiedsprüche dem Gerichte ein.

Adresse des Obmannes des Schiedsgerichtes:  
G. Muggenburg, Hamburg 3, Alter Steinweg 66/67, 3. Et.

### Der Vorstand.

J. A. B. Themat, Vorsitzender.

### Rechnungs-Abchluss für das 1. Quartal 1908.

(Januar, Februar, März.)

#### Einnahme.

Barer Bestand am 1. Januar 1907	M. 64317,41
Zinsen von belegten Kapitalen	6252,-
Eintrittsgelder	858,-
Beiträge in der 1. Klasse	M. 103821,80
„ „ 2. „	112971,50
„ „ 3. „	6243,80
„ „ 4. „	1349,80
Ertragssteuer	68,80
<b>Summe</b>	<b>224450,70</b>

Ertragsleistungen von Berufsgenossenschaften und Unternehmern	2448,08
Aufgenommenes Darlehen	50000,-
Zurückgegebene Kapitalien	123500,-
Sonstige Einnahmen: für Quittungsbücher, Strafgelder usw. und von der Sterbekasse	1778,08
<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>M. 473602,17</b>

### Ausgabe.

Für ärztliche Behandlung	M. 40330,68
Für Arznei und sonstige Heilmittel	80430,18
<b>Krankengeld:</b>	
a) an Mitglieder der 1. Klasse	M. 119162,60
„ „ 2. „	112851,-
„ „ 3. „	11004,25
„ „ 4. „	727,65
<b>Summe</b>	<b>249245,50</b>

b) an Angehörige:	
Sterbekasse für Mitglieder der 1. Klasse	M. 3960,-
„ „ 2. „	4150,-
„ „ 3. „	540,-
<b>Summe</b>	<b>8650,-</b>

Für- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	19606,88
Zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder	62,16
Für Kapitalanlagen	48000,-
<b>Verwaltungsausgaben:</b>	
a) persönliche	M. 17399,50
b) sachliche	6438,48
<b>Summe</b>	<b>23837,98</b>

Summe der Ausgaben... M. 420948,48

### Abchluss.

Summe der Einnahmen	M. 473602,17
Summe der Ausgaben	420948,48
<b>Ergebnis über den Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1908</b>	<b>M. 52653,74</b>
Die Netto-Ausgaben betragen	M. 372948,48
Die Netto-Einnahmen betragen	235784,76
<b>Demnach eine Mehr-Ausgabe für das 1. Quartal 1908</b>	<b>M. 137163,67</b>

### Vermögensausweis.

Barer Bestand laut Abschluss am Schlusse d. 3. Quart.	M. 52653,74
Belegte Kapitalien	62895,21
<b>Demnach betrug das Gesamtvermögen 1. April 1908</b>	<b>M. 676348,95</b>
Nach dem vorjährigen Abschluss betrug dasselbe	813512,62
<b>Demnach am Schlusse des 1. Quartals 1908 ein Weniger von</b>	<b>M. 137163,67</b>

Dortliche Verwaltungsstellen: 981; Mitgliederzahl: 38567.

Altona, den

Für den Vorstand:

Karl Reich, Fr. Kläffen, Kassierer.

Vorsteher der Rechnungsabteilung ist von uns revidiert und mit den Kassenscheinen und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns vorgelegt resp. nachgewiesen.

Für den Ausschuss:

G. Stieber, G. Saffner, Andr. Schmidt.

In der Woche vom 31. Mai bis 6. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Bernau i. d. Mark M. 400, Neu-Nippin 300, Königsberg i. Pr. 100, Vergeborf 100, Halbe 100. Summa M. 1000.

Zufüsse erhielten: Breslau M. 500, Mannheim 300, Holtenau 240, Deutsch Billa 200, Neu-Langlow 150, Wesselsleben 150, Bielefeld 100, Düsseldorf 100, Thelma 100, Döberan i. M. 100, Reichenbach 100, Friedrichshagen 75, Bengerich 70, Elbing 50. Summa M. 2235.

Altona, den 6. Juni 1908.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Verichtigung.

In dem Bericht über die 15. Generalversammlung ist infolgedessen ein Irrtum enthalten, als die Ablehnung des Antrages auf Zulassung der Föderation nicht mit großer Mehrheit, sondern nur mit geringer Mehrheit abgelehnt wurde. Das Stimmenverhältnis war: 41 dafür, 22 dagegen. Da der Antrag eine Aenderung des Statuts bedeutete, hierfür aber zwei Drittel-Majorität notwendig ist, so war der Antrag abgelehnt.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschuss, Submissionsen etc.

Kollegen! Unlängst nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigsten Vorkommnissen auf den Baustellen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Vromberg. Am 2. Juni ereignete sich ein Unfall auf dem Umbau der Unternehmerns Gebirge Holz in der Döngersstraße. Unter der Aufsicht eines der Unternehmern wurde eine 1 1/2 m. steile, 3 m. lange und 2 1/2 m. hohe Mittelwand im ganzen umgestoßen. Durch das Aufschlagen des Mauerwerks stürzte die Decke ein. Ein Arbeiter, der im Barriere beim Transport von Steinen beschäftigt war, konnte sich noch rechtzeitig durch einen Sprung in eine Fensteröffnung vor dem Einsturz retten; er wurde aber bis über den Unterleib vollständig eingeklemmt und konnte erst nach längerem Verbleiben seiner Kollegen befreit werden. Der Verunglückte erlitt mehrere innere Quetschungen und wurde mittels Krankentragens in das Kreiskrankenhaus gebracht. Verweilenstort ist, daß bei dieser Firma gewöhnlich mit den Worten angetrieben wird: „Man keine Furcht, Ihr seid ja verheiratet.“

Donaudorf. Am 27. Mai wurde der Police Wegener auf dem Bau des Unternehmerns Thor an der Bogt-Heidestraße von einem aus dem dritten Stockwerk ins Treppenhäuser herunterfallenden Schalldreht herab getroffen, daß er einen Unterleibsentzündung erlitt.

Wiesbaden-Rüdesheim. Am 25. Mai ereignete sich im Gebiete des Zweigvereins zwei Unfälle. Beim Abbruch eines Gebäudes an der Wörmersburg in Wiesbaden fiel dem Kollegen Gorters ein Flächengiebel auf den Kopf, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Wie leichtfertig von den aufstehenden Personen gerade bei so gefährlichen Arbeiten vorgegangen wird, hat dieser Fall einmal wieder bewiesen. Um die aufgestellten Ständer aus ihren Lagern zu heben, wurde ein Flächengiebel verwendet. Statt nun denselben ordentlich zu befestigen, schlug der Police Weber eine Klammer in einen Aufrichter und hing den Flächengiebel da hinein. Beim



Angelegenheit ist die Kammer und der Glasfenster, die dem genannten Koffer, der sich eine Geruchshölzer befindet, um den Säulen im Gleichgewicht zu halten, auf den Kopf. Am selben Tage verunglückte der Maurerpolier Dries. Beide standen in einer Höhe von 4 m auf einem Träger, der plötzlich umfiel. Schwer verletzt mußten auch diese dem Krankenhaus zugeführt werden. Bauausführer Unternehmer war in beiden Fällen der Maurermeister R. Wallenstein, Bauherr Graf v. Angeltelm.

**\* Mißstände im Zweigvereinsgebiet Nordenham.** Eine am 15. und 16. Mai vorgenommene Bauteilkontrolle hatte folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden 25 Bauten vorgefunden und kontrolliert, darunter 1 Staats- und 1 Gemeindefaß. Von diesen 25 Bauten hingen auf 9 Bauten keine Unfallverhütungsvorrichtungen aus. Auf 14 Baustellen waren die Gerüste nicht nach vorstehenden Unfallverhütungsvorrichtungen hergestellt. So fehlten auf 8 Baustellen an den Gerüsten die Bordwände, auf 8 Bauten die Absicherung, auf 6 Bauten die Schutzgerüste. Die Balken- und Trägersysteme sowie Treppengänge und Lufen waren auf 17 Bauten nicht oder nur mangelhaft abgedeckt. Brüstungsgeländer an Gerüsten und an sonstigen Öffnungen, an Absicherung der Balkenträger usw. fehlten auf 18 Bauten. Kalkgruben waren bei neun Bauten nicht oder nur mangelhaft eingegrenzt. Bauboden waren auf 8 Bauten überhaupt nicht vorhanden. Von den übrigen Bauböden waren 4 nicht mit dichten Seitenwänden versehen und bei weiteren 4 Bauböden fehlte das wasserichte Dach. An 3 Bauböden fehlten die Fenster. Die Fenster an 11 Bauböden waren nicht zum Öffnen. Unter diesen befindet sich auch die Bauböde beim Bau des Gemeindefaßes Wiesen-Eisenwaren. In einer Bauböde wurde Material und Gerüst gelagert. Die Fußböden wurden in 19 Bauböden gepflastert, in 8 Bauböden Holz vorgefunden. Spielplätze und Kleiderbügel waren nirgend zu finden. Dessen kennt man hier auch nicht. Ein Bauboden fehlte auf 14 Bauten. Die Anleitung zur ersten Hilfeleistung war auch nirgend ausgehängt. Die Beschaffenheit der Aborte spricht aller Beschreibung. Auf der Baustelle Gerdes in Nordenham, Gelsenstraße, war überbaufeld kein Abort vorhanden, und an 5 Aborten fehlte die Tür; auch, besaßen diese keine dichten Seitenwände. War bei 7 Aborten kein wasserichtes Dach vorhanden, so fand sich bei 2 (Wiesen-Wiesen, Bankbau, und kleine Wiesen, Bau am See) überhaupt kein Dach vor. Eigbrillen fehlten bei 7 und Fußböden bei 9 Aborten. Das Desinfizieren der Aborte kennt man nicht, und gereinigt werden sie erst dann, wenn die Fäkalien abspülen können. Urineimer in den Stagen sowie Pötker auf dem Baugelände wurden nirgend vorgefunden.

**\* Submissionsblüten. Posen.** Das Ausgebot der Arbeiter und Lieferungen für den Bau der Kläranlage ergab folgende Offerten. Für Los III (600 cbm Erdbau, 2000 cbm Beton, 2000 cbm Mauerwerk, 500 lbf in Betonfundament, die Verlegung zweier eiserner Auslaufrohre in die Wäse und sämtliche Nebenarbeiten) lautete das niedrigste Gebot, das die „Deutsche Betonindustrie“ in Weiden (Oberpfalz), abgegeben hat, auf 59 318, das höchste dagegen von der Firma Dücker & Co. in Düsseldorf auf 187 024,10. Für Los VII (1100 cbm Betonfundament) gab die Firma B. Neumann hier das niedrigste Angebot mit 14 000, die Firma M. Hofmann & Co. hier das höchste Gebot mit 30 000 ab.

Die Gemeinde Kottbus hat bei Matig baut eine Apotheke. Um die Lieferung der Labormittel hatten sich sechs Firmen beworben, von denen die teuerste M. 7600 und die billigste M. 4504,40 forderten. Die Arbeiten für das Laboratorium wurden von dem Höchstfordernden auf M. 3280 und von dem Mindestfordernden auf M. 2053 geschätzt, während für eine auf M. 200 veranschlagte Mauerarbeit von vier Submittenten M. 162, 162, 101,50 und 76 gefordert wurden.

**\* Geheimne Vereinbarungen im Submissionswesen.** Kürzlich hat das Reichsgericht eine interessante Entscheidung gefällt über geheime Vereinbarungen, die mehrere Bauunternehmer für eine private Submission getroffen hatten. Eine Samtgemeinde Kaufmann hatte acht Unternehmer aufgefordert, Angebote für den Neubau eines Speichers einzubringen. Diese Unternehmer kamen überein, daß dieser M. 150 000 bieten sollte, während die anderen darüber hinausgehen sollten; würde er dann den Zuschlag erhalten, so sollte er den sieben anderen je M. 3000 ausbezahlen. Dieser Unternehmer bekam dann auch mit etwa M. 150 000 den Zuschlag, während der angemessene Preis nur M. 150 000 bis M. 160 000 gewesen wäre. Der siebenste Biidatant des Reichsgerichts hatte in Uebereinstimmung mit den hiesigen Gerichten in diesem Verhalten einen Verstoß gegen die guten Sitten erachtet und den Unternehmer für ersatzpflichtig erklärt.

Früher waren derartige Fälle nur infolge der gerichtlichen Entscheidung gekommen, als es sich darum handelte, ob solche Verträge unter den Submittenten einander gegenüber unanfechtbar seien. Das hatte das Reichsgericht bejaht, während es in jenem Hamburger Fall die Willkür gegenüber dem Auftraggeber verurteilte. Jetzt macht der „Samt. Corr.“ auf eine weitere Entscheidung aufmerksam, die beweist, daß das in dem demgegenüber nicht erstattet und den Unternehmer für ersatzpflichtig erklärt.

In Breslau hatten die Bauunternehmer die für Tiefbauten sehr gedrückten Preise bei den Submissionen der dortigen Verwaltungen feigern wollen und schriftlich vereinbart, Offerten im kommenden Staatsjahr nur in jedemmal zu vereinbarenden Mindesthöhen abzugeben. Wer die Arbeit erhielt, sollte 5 pSt. zu Gunsten eines der übrigen Beteiligten zahlen. Unter den Teilnehmern an der Vereinbarung war Streit über ihre Verbindlichkeit entstanden. Das Reichsgericht bejahte die Gültigkeit, und zwar mit Ausführungen, nach denen die Vereinbarung vollkommen und auch der Behörde gegenüber unanfechtbar ist.

Selbst wenn in Staat und Gemeinde üblich geworden sei, Arbeiten auf Grund öffentlicher Ausschreibung an den Mindestfordernden zu übergeben, bilde der dadurch entstehende Wettbewerb durch unrette Unterbietungen eine schwere Gefahr für den Sandverstand. Vereinbarungen, die diese Gefahr bekämpfen und angemessene Preise aufrecht erhalten wollten, verstoßen so wenig gegen die guten Sitten, daß sie vom Standpunkt einer gesunden Wirtschaftspolitik im Gegenteil Billigung verdienen. Natürlich sei damit nicht gesagt, daß dieses Ziel jeder beliebige

Machung zulässig sein würde. Im vorliegenden Fall sei aber nichts vereinbart, was anständig sei. Die Behörde, die einen Wettbewerb veranstaltet, habe keinen Anspruch darauf, Geschäftsgeheimnisse der Unternehmer zu kennen. In jenem Hamburger Fall sei das vereinbarte Mindestgebot unangemessen gewesen — davon steht hier nichts fest; dort sei ferner die Vergütung an den Mindestbietenden in den Bedingungen zugesichert worden, in dem Breslauer Fall dagegen nicht. Das rechtfertige die verschiedene Beurteilung.

Mit diesem Reichsgerichtsurteil ist eine mehr und mehr üblich gewordene Praxis höchst richtiglich sanktioniert worden. Nach unserem Dafürhalten ist diese Praxis nicht unbedingt zu billigen; sie hat ihre schweren Bedenken. Es ist sehr wohl möglich, daß sie zu einem förmlich wucherischen Treiben sowohl der Privaten wie auch dem Staate und der Gemeinde gegenüber führen kann. In vielen Fällen, ja wohl in den meisten Fällen, werden solche geheime Vereinbarungen nicht zur Entscheidung durch die Gerichte gelangen, die dann festzustellen haben, was angemessener Preis ist oder nicht. Jedenfalls ist das solche Vereinbarungen zu Grunde liegende Prinzip an sich, den zurückstehenden Submittenten eine Abfindungssumme zu zahlen, eine durchaus verwerfliche.

## Aus anderen Berufen.

### Generalversammlungen.

**Der Verband der Statuteure** tagte vom 18. bis 24. Mai in Nürnberg. Wie die übrigen Verbände des Bauwesens, ist auch er unter der wirtschaftlichen Krise. Die Statuteure sind 114, Mitglieder 7398. Auch in diesem Verbande zeigte sich ein großer Mitgliederwechsel. In den zwei Berichtsjahren sind 5640 Mitglieder aufgenommen und 3885 sind wieder verloren gegangen. 41 pSt. der Mitglieder arbeiten nur in Lohn, die übrigen in Lohn und Werk abwechselnd. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 9 und 11 Stunden, der Lohn zwischen 40  $\frac{1}{2}$  und M. 1 pro Stunde. Für 3490 Stellplätze wurden Arbeitszeiterhebungen erstellt. Die Lohnerhöhungen betrugen im Durchschnitt pro Stunde 8  $\frac{1}{2}$  pSt. pro Woche durchschnittlich M. 3,27. An Streiks waren 4390 Kollegen mit zusammen 72 244 Tagen beteiligt. Die Kosten beliefen sich auf M. 200 000, Tarife wurden 89 abgeschlossen. Die Unternehmungen sind bedeutend gestiegen. An Dienstunterstützung wurden herausgegeben pro Kopf der Mitglieder 1904 83  $\frac{1}{2}$ , 1907 M. 1,02; Stierbe unterstützung von 31  $\frac{1}{2}$  auf 51  $\frac{1}{2}$ , die Ausgaben für Rechtschutz stiegen von 10  $\frac{1}{2}$  auf 40  $\frac{1}{2}$ . Für das Jahrgang, „Der Statuteur“, das eine Auflage von fast 10 000 Exemplaren hatte, sind M. 26158,48 oder pro Kopf M. 1,47 verausgabt worden. Die Gesamteinnahmen des Verbandes in den Jahren 1906/07 betrugen M. 188 382,76. Ein wichtiger Punkt der Verhandlungsbefähigung war die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die schon in früheren Verhandlungen besprochen wurde. Gegenüber dieser Unterstützung sind besonders die südlichen Zweigvereine, wie meinten, da der Statuteurverband eine Bauarbeiterorganisation sei, keine er die Kosten nicht aufbringen. Der Verband war für die Unterstützung, deren Einführung dann mit 24 gegen 21 Stimmen beschlossen wurde. Die Vorlage soll noch erst ausgearbeitet werden. Wessiglich der Reise- und Sterbeunterstützung wurden einige unvollständige Änderungen beschlossen. Von Wichtigkeit ist ein Beschluß, der der einheitlichen Beitragszahlung ein Ende macht und Klassenbeiträge nach Stundenlöhnen abgestuft einführt; danach sollen vier Lohnklassen mit Beiträgen von 50, 60, 75 und 80  $\frac{1}{2}$  pSt. pro Woche bestehen. Erwerbslose zahlen wöchentlich 25  $\frac{1}{2}$ . Die Streikunterstützung wird dementsprechend festgelegt: In der ersten Lohnklasse M. 15, Bedinge M. 12. In jeder weiteren Lohnklasse M. 1 mehr; für jedes Kind pro Woche M. 1. Die Agitation soll intensiver entfaltet werden. Für die Agitation in Holland wurden M. 500 bewilligt und für die in Deutschland nach einem vorgelegten Plan des Vorstandes jährlich M. 13100 oder pro Kopf M. 1,50. Zur Förderung und Erleichterung der Agitation sollen sieben Gaubezirke eingerichtet und für jeden soll ein Gauleiter angestellt werden. Die Gauleiter haben Sitz und Stimme auf dem Verbandstage. Die Verlegung des Sitzes nach Berlin wird in namenflicher Abstimmung abgelehnt. Eine ausgiebige Diskussion gab es beim Punkt „Lohnbewegungen“. Es wurde dazu beschlossen, daß die Hauptaufgabe unter keinen Umständen der Streiks, Sperren usw. für Leistungen in Anspruch genommen wird, zu denen sie nach dem Status nicht verpflichtet ist. Die weiteren Verhandlungen besaßen sich mit der Revision der Verbandsstatuten. Am 1. April 1910 erhöht sich der wöchentliche Beitrag auf 85  $\frac{1}{2}$  in der ersten, 95  $\frac{1}{2}$  in der zweiten, M. 1,05 in der dritten und M. 1,15 in der vierten Klasse, der für die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung bestimmt ist. Der vorliegende Generalratifizierung mit der Unternehmerorganisation wurde abgelehnt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder und der Sekretär wurden wiedergewählt. Eine größere Debatte entspann sich auch noch über die Maifest, wobei Stube als Vertreter der Generalkommission sich dahin äußerte, daß die gegenwärtig getroffene Maßnahme jedenfalls die beste Lösung gewesen sei.

**Der Schmiedeverband** hielt seinen ersten Verbandstag in Dresden ab. Anwesend waren 39 Delegierte und 9 Gauleiter. Die Mitgliederzahl ist in den letzten zwei Jahren von 17 191 auf 18 798 gestiegen. Lohnforderungen wurden in 83 Fällen, 52 Orten, 688 Betrieben mit 34 725 Beschäftigten gestellt. In 53 Fällen wurden die Forderungen erfolgreich ohne Streik bewilligt, in den anderen Fällen durch Streiks erledigt. Mit vollem Erfolg im ganzen 66 Bewegungen für 12 950 Beschäftigte, 19 endeten für 424 Beschäftigte ohne Erfolg, alle übrigen mit teilweisem Erfolg. Erreicht wurde Arbeitszeiterhöhung für 3542 Personen und Lohnerhöhung für 3774 Personen. Die Gesamtausgaben für Streiks beliefen sich auf M. 76 135. Der Kasseneingang betrug Ende 1907 M. 141 378,80. Das Verhalten des Vorstandes wurde einer scharfen Kritik unterworfen; an dem geringen Fortschritt, so wurde in der Diskussion ausgeführt, trage er immer einen großen Teil Schuld. Demangel wurde auch die Schreibweise der „Schmiede-Zeitung“. Von Bedeutung waren Deferral und Korrekturen, betreffend die Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband. Die Beratung über diesen Punkt nahm einen langen Tag in Anspruch. Schließlich wurde der Antrag mit 84 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung ist im wesentlichen auf die

Galtung des Zentralvorstandes zurückzuführen, ihn konnten auch die sachlichen Ausführungen des Vertreters der Generalkommission, Robert Schmidt, nicht von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses im Interesse der Gesamtbewegung der Eisenindustrie überzeugen. Zur Erörterung kam dann die Einführung von Stabsbeiträgen. Der Vorstand schlug zwei Klassen vor, 40 und 60  $\frac{1}{2}$ . Er erhofft von einer Staffelung der Beiträge eine größere Verbetraf des Verbandes. Allerdings müsse die Krankenunterstützung herabgesetzt werden, da die bisherigen Leistungen des Verbandes über seine Kräfte hinausgingen. Dagegen wird eingewendet, daß die Herabsetzung eine Verminderung unter den Mitgliedern herbeiführen werde. Die Abstimmung ergab die Annahme der Vorstandsanträge mit 29 gegen 8 Stimmen. Entsprechend den Beitragsfragen wurde die Höhe der Unterstüßungen festgelegt: Streikunterstützung für die erste Klasse M. 14 für Bedingte, für Bedinge M. 12, zweite Klasse M. 10 bzw. M. 8. Für jedes Kind M. 1, jugendliche und weibliche Mitglieder M. 6. Arbeitslosenunterstützung erste Klasse M. 6, 9 und 12, zweite Klasse M. 4, 6 und 8, jugendliche und weibliche Mitglieder M. 2,50, 3,75 und 5. Krankenunterstützung erste Klasse M. 5, 7, 50 und 10, zweite Klasse M. 3, 4, 50 und 6, für jugendliche und weibliche Mitglieder M. 2, 3 und 4. Die weiteren Verhandlungen besaßen sich mit der Arbeitslosenunterstützung, die in allen Klassen der Streikunterstützung gleichgestellt wurde. Auch die Unzugsunterstützung erhielt eine andere, vom Verbandsvorstand vorgeeschlagene Form. Der Antrag, den Sitz des Verbandes von Hamburg nach Berlin zu verlegen, wurde abgelehnt.

### Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

**\* Die Reform der Arbeiterversicherung.** Das „Zentralblatt für das deutsche Bauwesen“ kann nach einer „absolut authentischen Information“ den Entwurf der Abänderung der Arbeiterversicherungsgesetze, der im Reichsamt des Innern fertig gestellt worden ist, mitteilen. Er erstreckt sich auf das ganze Gebiet des Arbeiterversicherungsrechts und ist in der Hauptfuge gerichtet auf größtmögliche Zentralisierung der Krankenversicherung und auf Dezentralisierung der Unfallversicherungsverwaltung. Die Grundzüge sind folgende:

Die vorhandenen Arten der Kassenorganisation, die sich bewährt haben und in den Rahmen der Neuorganisation einpassen, sollen beibehalten, jedoch soll auf ihren Zusammenschluß mit Nachdruck hingewirkt werden. Für die Versicherung der Landarbeiter werden Landkassenklassen vorgezogen, die Gemeindekassenversicherung geht ein. Die Beiträge zur Krankenversicherung sollen je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden. Erhöht werden die letzteren bei der Beschäftigung über Krankenkassenbeiträge und Beiträge zwei Drittel, den ersten ein Drittel der Stimmen zustehen. Die Krankenkassenverbände erhalten einen unparteiischen Vorsitzenden.

Alle Krankenkassen im Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde werden zu einem Verbande zusammengefaßt. Dieser bildet die Lokalinstanz; sie soll die Funktionen eines gemeinsamen Unterbaues der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in sich vereinigen und die Aufsichtsbefehle der Krankenkassen sowie die regelmäßige Spruch- und Beschlußbehörde erster Instanz für das gesamte Gebiet der Arbeiterversicherung bilden, und endlich alle bisherigen Obliegenheiten der unteren Verwaltungs- und sonstigen örtlichen Behörden übernehmen. Sie soll Verwaltungsamt heißen und der unteren Verwaltungsbehörde angegliedert werden. Dem geschäftsführenden Beamten, Versicherungsamtman genannt, für den der Rest der Fähigkeit zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst nicht gefordert, wohl aber der Nachweis längerer Betätigung bei einer Landesversicherungsanstalt, Berufsvereinsfunktion oder einer der Spruchinstanzen der Arbeiterversicherung verlangt wird, ist der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde (Landrat oder in Städten über 10 000 Einwohner der Bürgermeister) übergeordnet. Der Beamte wird von dem Kommunalverband seines Amtsbezirks ernannt, wobei den Versicherungsträgern eine Mitwirkung bedingt zusteht. So wohl die geschäftsführenden Beamten wie die nötigen Hilfspersonen haben die Eigenschaft kommunaler Beamten.

Zur Besetzung der Spruchauschüsse des Versicherungsamtes wird die gleiche Zahl von Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten gewählt. Sowohl auf dem Gebiete der Unfallversicherung wie auch auf dem der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung fällt dem Versicherungsamt die Feststellung der gesetzlichen Entschädigungen zu. Ferner soll demselben die Entscheidung auf alle Beschwerden übertragen werden, über die jetzt von den Regierungspräsidenten oder dem Reichsversicherungsamt zu entscheiden ist, also Beschwerden in Sachen des Genossenschaftstatars, Beitragsbeschwerden, Gefährdungsbeschwerden usw. Dem Versicherungsamt wird ferner die Bestimmung darüber übertragen, ob die Berufsvereinsfunktion zur Übernahme des Heilverfahrens während der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall oder zur Anwendung der Heilanstaltspflege verpflichtet ist.

Die jetzigen Schiedsgerichte werden zu Oberversicherungsämtern ausgebaut, deren Vorsitzender, Direktor des Oberversicherungsamtes, die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder Richteramt besitzen muß. Die Oberversicherungsämter werden an die höheren Verwaltungsbehörden (Regierungen, Berlin: Polizeipräsident), angelehnt; ihre Bezirke werden sich deshalb mit denjenigen der vorgeordneten Behörden. Die Oberversicherungsämter bilden die zweite Instanz hinsichtlich aller Zweige der Arbeiterversicherung für alle Entscheidungen des Versicherungsamtes sowohl bezüglich der Entschädigungsbestimmungen wie auch der Beschwerden.

Gegen die Entscheidungen des Oberversicherungsamtes steht das Rechtsmittel der Revision an das Reichsversicherungsamt zu. In Streitigkeiten aber, in denen es sich um das Heilverfahren, das Sterbepflicht, um die Frage, ob ein Unfall vorliegt, ob derselbe erwiesen



ist, ob der Unfall eine versicherungspflichtige Person betroffen hat, ob der Anspruch verjährt oder der Unfall bei Begehung von Verbrechen eingetreten ist, ob der Jahresarbeitsverdienst gutgehend berechnet ist, wird die Revision überhaupt ausgeschlossen. Dasselbe geschieht aber auch, wenn es sich um die anderweitige Feststellung der Entschädigung nach Eintritt einer Veränderung der Verhältnisse handelt.

Was die Pflicht zur Tragung der Kosten anbelangt, so soll diese in der Hauptsache für das Versicherungsamt, den Berufsgenossenschaften und den Landesversicherungsanstalten, für das Oberversicherungsamt dem Staat und für das Reichsversicherungsamt dem Reich (für die Landesversicherungsämter den betreffenden Bundesstaaten) verbleiben. Die Krankenkassen sollen zur Tragung der Kosten des Versicherungsamtes nicht herangezogen werden, vielmehr die Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten auch diejenigen Kosten übernehmen, welche die Krankenversicherung des Arbeitsamtes verursacht.

Ein einschlägiger Artikel über den Entwurf wird sich erst fallen lassen, wenn er publiziert sein wird. Ohne Zweifel wird im Interesse der Arbeiter sehr viel an ihm zu kritisieren sein.

## Polizei und Gerichte.

**\* Schutz vor Streikbrechern.** Der Maurer Weibel in der Oldsb. Berg hatte im April dem Maurer Seib mit einer Baute auf den Kopf geschlagen, so daß dieser sich die linke Hand blutig schlug. Aus Ärger darüber rief ihm Seib zu: „Das hast Du gewiß gern getan, Dich freies ich schon.“ Sprachlos, ging Weibel weiter und erstattete gegen Weibel Anzeige wegen Körperverletzung. Dieser Anzeige wurde keine Folge gegeben; wohl aber erstattete die Gendarmrie auf Veranlassung Weibels und des Baununternehmers Geist Strafanzeige gegen Seib wegen Vergehens gegen § 153 Gew.-Ordn. Es genügt, daß der Vorfall sich während einer Lohnbewegung angefallen habe, in der Weibel sich als arbeitswilliges, nützliches Element bewährt hatte. Der Fall kam am 29. Mai vor dem Schöffengericht Erlangen zur Verhandlung. Weibel gab ohne weiteres zu, daß vom Streik mit seinem Wort die Rede war und daß ihn Seib erst angesprochen hatte, nachdem er den Schlag auf den Kopf erhalten hatte. Das Gericht verurteilte auf weitere Zeugen. Der Verteidiger Geib, Rechtsanwalt Dr. Stühlein, wies an der Hand des Falles darauf hin, wie leichtfertig mißtrauigen Angelegenheiten werden, nur weil es sich um streikende Arbeiter handelt. Der ganze Vorfall habe mit dem Streik gar nichts zu tun gehabt. Seib wurde von einem Arbeitswilligen grundlos geschlagen und obenbreiten der Gendarmrie grundlos angezeigt. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und überließ die gesamten Kosten, auch die der Verteidigung, auf die Staatskasse. Ein zweifelhafter Erfolg des Baununternehmers Geist und der Gendarmrie Heroldsberg.

## Verschiedenes.

### Nach einem verlorenen Streik. Den Unternehmern.

I.  
Und ging auch verloren die eine Schlacht,  
Und war auch umsonst unser Leiden:  
Wir kommen wieder! — Gebuld, nur Gebuld:  
Es ändern sich wieder die Zeiten!

Wir kommen wieder! — Ihr kennt doch das Lied  
Von der Zeit, die uns fehlt zum Leben?  
Wir kommen wieder, bis ihr uns dereinst  
Die Zeit zum Menschsein gegeben!

Wir kommen wieder! Denn eure Macht  
Kann unser Sehnen nicht dämpfen!  
Wir kommen wieder! — Wir wollen Kultur,  
Und werden sie trotzig erlangen!

### II.

Wohl es ist wahr: ihr habt uns besiegt,  
Besiegt mit Hilfe von Waffen,  
Die süßlich einst drängten mit uns zum Kampf,  
Und uns dann verraten, verlassen.

Es ist auch wahr, daß manch andere Macht  
Euch helfend ist beigesprungen,  
Und daß auch der Sieg aus eigener Kraft  
Wohl schwerlich wäre gelungen.

Wenig ihr nun trotzdem im Siegesrausch:  
Uns knechtet und tretet ihr „Helden“:  
Vergeßt es nur nicht: eine andere Zeit  
Und — wir können's euch doppelt vergelten.

### Gewissen Streikbrechern.

Ich fragte mich so manchemal:  
Kann's größte Lumpen geben,  
Als Leute, die bei einem Streik  
Nur eigner Selbstsucht leben?

Die da um fargen Judaslohn  
Für ihre Feinde schänden,  
Und dadurch den gerechten Sieg  
Der eignen Weiber hindern?

Bis mich die Praxis hat gelehrt  
Die Wunden mehr verachten,  
Die für den Streik mit großem Maul  
Erst Propaganda machten,

Die mit Begier und Ungebulb  
So lang gefordert haben,  
Bis sie im Kampf ihr eigenes Wort,  
Der Brüder Wohl verraten.

August Ellinger.

## Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 86 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Bandenminimium. — Die Lohnbewegung im Baugewerbe. Von August Winnig. — Die Organisation der Banarbeit in Italien. Von Dr. B. Tolonjanz.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nun pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

**Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus.** Heft 8 der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienenen Bibliothek: Der Klassenkampf des Proletariats. Herausgegeben von Parvus. Der Preis ist 25 A. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportage.

**Zähne und Zahnfleige.** Heft 16 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, von Gertrud Newald. Mit elf Illustrationen. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der Mangel an Verständnis für die Bedeutung guter Zähne und regelmäßiger Zahnfleige, für die Gesundheit und Lebensfreude, den wir in Arbeiterkreisen ganz allgemein finden, läßt uns das vorliegende Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek mit besonderer Freude begrüßen und den Wunsch aussprechen, daß es viel gelesen und die darin gegebenen Ratsschläge fleißig befolgt werden mögen.

„Die Nervosität, die Modekrankheit unserer Zeit, ihre Ursachen, die Selbstvergiftung, und ihre Heilung durch ein erprobtes „Nervositätsverfahren.“ Von Dr. med. Walter. Vierte Auflage. M. 1,50. Verlag von Edmund Demme, Leipzig.

Einer seiner übergeschnittenen Naturheilige lobt in diesem Buche 85 Seiten hindurch über die Verderbtheit der Welt. Fleisch soll man am liebsten gar nicht essen, mit Bier soll man sich nur nach Leibschmerzen beschäftigen, dagegen gar nicht reden, um keinen Schlaganfall zu bekommen, und keine Zeitung lesen, um nicht durch die damit verbundene Aufregung nervös zu werden. Mit solchen Ratsschlägen geht es dann noch eine Weile weiter und des Büchels Kern ist zuletzt immer eine Empfehlung von irgend einem Wundermittel, den man gleichfalls von der rührigen Verlagsschirma Demme beziehen muß. Für die medizinische Wissenschaft sind dieserlei Bücher gar nichts. Sie sind Melancholien, die auf die tiefe Einsicht des Publikums angewiesen sind. Aber diese Reklame wird auch ziemlich dünn gemacht. So schimpft der Verfasser auf Seite 27 über Verarmungen der Dienstboten, weil sie nervös machen; auf der folgenden Seite hält er, der Geliebte des Arbeitgeber, für erhaltenswürdig, weil der sogar nützliche Arbeit bezahlten sollte; auf Seite 49 rät er den geistigen Arbeitern mehr Ruhe an, den körperlichen bürde er den Mal nicht geben, denn die lästigen heututage sowieso nicht zu viel. Die Proben genügen, um zu zeigen, was dieser Mann von der Welt versteht. Wir raten entschieden davon ab, diese Bücher zu kaufen. Wer in gesundheitlichen Fragen Belehrung sucht, greife zu der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek, die im Verlage des Vorwärts erschienen ist und bereits 16 Bände umfaßt, die je 20 A. kosten.

Der „Wahre Jakob“ Nr. 9 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: „Aus der Schneiderwerkstatt des Blochs“ und „Eine Münchhausfabrik“; aus dem textlichen Teil die Gebichte: „Der Lacherepflanz im Grunewald“, „Der Edel von Görs-Schütz“ und die Novelle „Christiane“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

## Briefkasten.

**Nach Dypeln.** Es ist sehr erfreulich, daß der Unternehmer Höfer nach Zug und Recht zur Zahlung des Schadenersatzes bereitwillig war; aber wir können doch nicht über alle Gewerbegerichtsurteile im „Grundstein“ berichten.

## Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Wilhelm Röver**, geboren am 10. Dezember 1880 in Ulfen, wird gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, werden ersucht, seine Adresse dem Kassierer des Zweigvereins Ulfen mitzuteilen. [M. 1,20]

**August Wehmeier** wird ersucht, so schnell wie möglich dem Unterzeichneten seine Adresse mitzuteilen. [90 A.] **Hermann Glur**, Sörbe, Dortmundstr. 41.

## Brunsbüttelkoog.

Sonabend, den 20. Juni, abends 8 Uhr:

## Zehntes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Fritz Cristoph, Brunsbüttel, wozu sämtliche Kollegen hiermit freundlichst eingeladen werden. [M. 2,70] Das Komitee.

## Kattowitz.

Sonabend, den 20. Juni, abends 7½ Uhr:

## Erstes Stiftungsfest

in der „Reichshalle“. Die Kollegen von nah und fern sind hierzu freundlichst eingeladen. Die Verwaltung.

## Sorau i. d. N.-L.

Sonntag, den 28. Juni, nachm. 2½ Uhr:

## Vogelschießen

auf dem Sänfelberge mit darauffolgendem **Tanzkränzchen** in der „Flora“. Die Kollegen von Sorau und Umgegend werden freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

## Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Hefen kosten 1 A.)

**Darmstadt.** Eberstadt. Da 4. Juni starb unser Kollege **Jakob Müller III** im Alter von 51 Jahren an Bronchial- und Luftröhrentarach. **Eisenach.** Am 28. Mai starb unser Verbandsmitglied **Heinrich Hartung** im Alter von 56 Jahren an Lungenleiden.

**Frankfurt a. M.** Vilsel. Am 31. Mai starb unser langjähriger Mitglied **Heinrich Ph. Muth** an Herzschlag im Alter von 61 Jahren.

**Frankfurt a. d. O.** Am 3. Juni starb nach langer Krankheit unser Verbandsmitglied **Aug. Zänkert** aus Leipzig im Alter von 32 Jahren, an der Prostatalektomie.

**Goldberg.** Am 5. Juni starb unser treuer Kollege und Mitglied unseres Zweigvereins **Wilhelm Geissler** im Alter von 52 Jahren.

**Seibitzheim.** Am 2. Juni starb nach langer Krankheit unser Verbandskollege **Heinrich Barth** im Alter von 42 Jahren an Krebsleiden.

**Karlruhe.** Dagland. Am 3. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Valentin Traub** im Alter von 57 Jahren an Tuberkulose.

**Kiel.** Am 1. Juni starb unser Kollege **J. Lexius** im Alter von 44 Jahren freiwillig aus dem Leben.

**Landesberg a. d. W.** Am 6. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Sitzlach** aus Lorenzsdorf an Nierenentzündung im Alter von 23 Jahren.

**Magedburg.** Am 2. Juni starben zwei unserer Ehrenmitglieder: Kollege **Wilhelm Funke**, im Alter von 41 Jahren an Lungenentzündung und Kollege **Andr. Schmidt** in Barleben im Alter von 62 Jahren an Krebsleiden.

**Marburg.** Defenbach. Am 24. Mai starb unser Verbandskollege **Konrad Reiss** im Alter von 24 Jahren an Lungenentzündung.

**Novawes.** Am 6. Juni starb nach langem Krankenlager unser treuer Mitglied **Friedrich Faust** im Alter von 66 Jahren an Herzerleiden.

Ehre ihrem Andenken!

**Karl Ulrich**, geb. 3. Oktober 1884, wird ersucht, seinen Eltern oder uns seine Adresse zukommen zu lassen. Es handelt sich um seine Unfallfrage. [M. 1,20] Der Vorstand des Zweigvereins Essen a. d. Ruhr.

## Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 14. Juni.

**Annaburg.** Bei Wed.  
**Bamberg.** Freit. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung.  
**Belzig.** Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal.  
**Gräfenhain.** Nachm. 3 Uhr im „Witten Mann“ in Probstzella. Tagesordnung: Delegiertenwahl und Wahl von Häufstärkern.  
**Hamburg.** (Bementierex.) Vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
**Ilzho.** T.-D.: Wahl eines Delegierten zum Verbandstag.  
**Luckenwalde.** Nachm. 3½ Uhr außerordentliche Versammlung bei Reel. Tagesordnung: Delegiertenwahl und Wahl von Häufstärkern.  
**Niemegk.** Nachm. 7 Uhr. T.-D.: Wahl eines Delegierten zum Verbandstag.  
**Ohlau.** Nachm. 7 Uhr im Schützenhaus. Tagesordnung: Delegiertenwahl zum Verbandstag. Verschiedenes. Mitteilungsblätter sind mitzubringen.  
**Rehau.** Nachm. 1 Uhr bei Anton Rothemann, Nr. 4. T.-D.: Befragung. Wahl des Delegierten und andere wichtige Angelegenheiten.

### Dienstag, den 16. Juni.

**Altenburg.** Abends 6½ Uhr im „Wider“. T.-D.: Anträge zum Verbands- tag und Wahl eines Delegierten.  
**Berlin.** (Bachmannsauer.) Abends 8 Uhr bei Becker, Weberstr. 17. Tagesordnung: Wahl zum Verbandstag. Verschiedenes. Mitteilungsblätter sind mitzubringen.  
**Gunnorsdorf.** Abends 6½ Uhr. T.-D.: Wahl eines Delegierten zum Delitzsch. Verbandstag.  
**Delitzsch.** Abends 7½ Uhr im „Eintrachtshaus“.  
**Hamburg.** (Kunstleinarbeiter.) Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus.  
**Uelzen.** Abends 6½ Uhr in den „Drei Linden“. T.-D.: Delegiertenwahl zum Verbandstag.

### Donnerstag, den 18. Juni.

**Beuthen.** Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus an Hofberg, Gr. Dombrowka- straße Nr. 8.  
**Danzig.** Abends 7 Uhr im „Völgereigenen“ in Schildh. T.-D.: Beratung der zum Verbandstage gestellten Anträge. Wahl eines Delegierten. Verschiedenes.  
**Grünberg i. Schl.** Abends 6½ in Adams Lokal.

### Sonabend, den 20. Juni.

**Lücka i. S.-A.** Abends 8 Uhr bei Kühne. Wichtige Angelegenheiten!  
**Muskau.** Abends 6½ Uhr bei Woreff. Bühnen mitbringen!

### Sonntag, den 21. Juni.

**Allstedt.** Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Mitteilungsblätter sind mitzubringen.  
**Bleekede.** Nachm. 3 Uhr. T.-D.: Delegiertenwahl. Mitteilungsblätter sind mitzubringen!  
**Würzburg.** Mittags 1 Uhr im „Osten“ und in den Häufstärken. Tages- ordnung: Delegiertenwahl zum Verbandstag.

### Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

### Sonntag, den 21. Juni.

**Berlin.** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. T.-D.: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verschiedenes. Mitteilungsblätter legimitiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kner & Co. in Hamburg.